

Bundesdelegiertentagung 2025

Geschäftsbericht

5./6. Dezember 2025 | Berlin



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Gremienarbeit.....	7
Bundesdelegiertentagung am 10./11. November 2023 in Berlin	7
Außerordentliche Bundesdelegiertentagung am 29. Januar 2025 in Berlin.....	10
Bundesvorstandssitzungen.....	12
Weitere Gremienarbeit	21
UdVA-Bundesvorstand (gewählt am 10./11. November 2023)	23
Veranstaltungen und Kontakte	25
Veranstaltungen des „Netzwerk Deutsche aus Russland und Aussiedler“	25
Parteitage und Parteiveranstaltungen	28
Politische Kontakte	31
Themen und Beschlüsse	37
Wichtige Themen und Arbeitsstände	37
Beschlüsse der Bundesdelegiertentagung am 10./11. November 2023	50
Zur Entwicklung der UdVA zwischen Dezember 2023 und November 2025	54
Bundesgeschäftsstelle.....	57
Arbeit der Bundesgeschäftsstelle	57
Pressemitteilungen im Berichtszeitraum.....	65

Hinweis: Redaktionsschluss war der 25. November 2025.

Vorwort

Der vorliegende Geschäftsbericht dokumentiert die Arbeit unserer Vereinigung seit der Bundesdelegiertentagung vom 10./11. November 2023. Diese zwei Jahre waren ebenso bewegend wie richtungsweisend. Aus der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) wurde die Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA) – eine Profilschärfung, die unsere Zielgruppen sichtbarer macht, ohne bewährte Aufgaben aufzugeben.


Deutschland erlebte in dieser Zeit einen politischen Wandel. Der Grundsatzprogrammprozess und die Bundestagswahl 2025 brachten eine klare programmatische Handschrift der Union hervor. Mit Bundeskanzler Friedrich Merz arbeitet die Bundespolitik nun auf internationale Stabilität und innenpolitische Vernunft hin. Besonders erfreulich ist, dass zentrale Anliegen der UdVA Eingang in den Koalitionsvertrag der neuen Koalition aus CDU/CSU und SPD gefunden haben.

Die geopolitischen Herausforderungen bleiben jedoch groß. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert an – mit spürbaren Folgen für Deutsche in den Herkunftsgebieten, für die Spätaussiedleraufnahme und für die Lage der Minderheiten in Osteuropa. Dies zeigt erneut: Flucht, Vertreibung und Minderheitenschutz sind keine historischen Fragen, sondern aktuelle politische Aufgaben.

Die UdVA hat in dieser Zeit ihre Rolle als verlässliche Stimme der Vertriebenen, Aussiedler, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten weiter gefestigt. Unsere Beiträge zu Grundsatz- und Wahlprogramm sowie unsere zahlreichen politischen Impulse belegen unsere Schlagkraft, wenn wir wirkungsvoll gemeinsam mit unseren Partnern auftreten.

Dieser Bericht gibt einen umfassenden Überblick über diese Entwicklungen, die Veranstaltungen und die Gremienarbeit unserer Vereinigung. Er zeigt: Unsere Anliegen haben wieder festen Platz im politischen Zentrum – dank vieler engagierter Mitstreiterinnen und Mitstreiter in den Landesverbänden, im Ehrenamt und in der Bundespolitik.

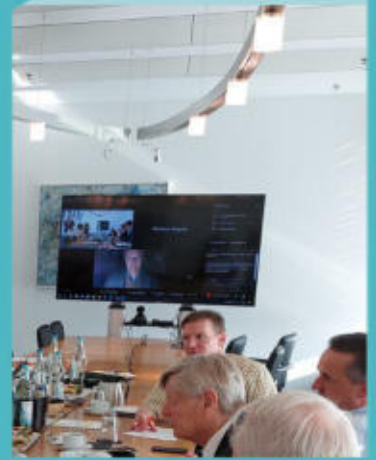
Unser Einsatz bleibt notwendig. Und er zeigt Wirkung.



Egon Primas



Klaus Schuck



Bundesdelegiertentagung am 10./11. November 2023 in Berlin

Auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – am 10./11. November 2023 in Berlin, die unter dem Leitwort „Für Freiheit und Menschenrechte – Gegen Krieg und Vertreibung“ stand, wurde der ehemalige thüringische Landtagsabgeordnete und stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende, Egon Primas, mit 98,5 Prozent der Delegiertenstimmen erneut zum Bundesvorsitzenden der in der CDU/CSU organisierten Vereinigung der Vertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler gewählt. Primas ist auch Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Thüringen sowie Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen.

Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden gewählt: Dr. Bernd Fabritius (Bayern), Rüdiger Goldmann (NRW), Albina Nazarenius-Vetter (Hessen), Heiko Schmelzle (Niedersachsen) und Christoph Zalder (Baden-Württemberg).

Neuer Schatzmeister wurde Philipp Amthor MdB (Mecklenburg-Vorpommern). Als Hauptgeschäftsführer wurde Klaus Schuck (NRW) wiedergewählt.

Zu Beisitzern wurden gewählt: Herta Daniel (Bayern), Klaus Hoffmann (Baden-Württemberg), Andreas Hofmeister MdL (Hessen), Werner Jostmeier (NRW),

Frank Hirche (Sachsen), Keti Langrehr (Niedersachsen), Thomas Mittermeier (Bayern) und Johann Thießen (Hessen).

Neuer Mitgliederbeauftragter wurde Nikolaus Poppitz (Rheinland-Pfalz).



Merz: „OMV ist konstitutiver Teil der CDU“

Der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Friedrich Merz, hielt ein leidenschaftliches Plädoyer für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland sowie für Freiheit und Menschenrechte insgesamt. Besonderes Augenmerk legte er dabei auf die aktuelle Lage in Israel und deren hierzulande sichtbare Auswirkungen. Zur Arbeit der OMV erklärte Merz: „Die OMV mit ihren Mitgliedern und Zielgruppen ist ein konstitutiver Teil unserer Partei. Die deutsche Geschichte wäre weder nach 1945 noch nach 1989 so geschrieben worden, wenn wir nicht diese Gruppen mit offenen Armen und in unserer Partei aufgenommen hätten.“ Daher sei es wichtig, dass die Vereinigung ihr wichtiges Engagement für den Brückenbau in Europa fortsetzt.

Primas: „Bundesregierung tut zu wenig“

Auch Egon Primas hatte in seiner Rede sehr deutlich betont, dass Freiheit und Menschenrechte „keine selbstverständlichen Güter“ seien und damit sowohl auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine und den Krieg Israels gegen die Hamas als auch auf die deutsche Geschichte Bezug genommen. Darüber hinaus thematisierte er nahezu sämtliche offenen Anliegen der durch die OMV vertretenen Menschen und Gruppen. Dabei übte er deutliche Kritik an der aktuellen Bundesregierung, die in diesen Bereichen „viel zu wenig tut“. Überdies seien die jüngsten Erfolge sämtlich durch gute Oppositionspolitik – durch die OMV, die thematisch zuständige Fraktionsgruppe im Bundestag und die Fraktion insgesamt – sowie die überparteiliche Arbeit des BdV erreicht worden.

Huber: Einsatz der OMV/UdV ist ehrenwert und notwendig

„Das Motto der Bundesdelegiertentagung könnte aktuell nicht passender sein“, erklärte der Generalsekretär der CSU in Bayern, Martin Huber MdL, in einer Video-

Grußbotschaft und nahm ebenfalls Bezug auf die Lage in der Ukraine und in Israel. Mit Grüßen vom CSU-Vorsitzenden, dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, lobte Huber die Zusammenarbeit zwischen CSU und CDU, gerade auch auf der Ebene der OMV und der UdV Bayern, der ältesten Arbeitsgemeinschaft der CSU. Der Einsatz der OMV und ihrer Mitglieder „für die internationale Ächtung von Vertreibungen, die Aufhebung von Unrechtsdekreten, das Recht auf Heimat als Menschenrecht und für die Kulturarbeit“ sei ehrenwert und bleibe notwendig.

Fabritius: BVFG-Änderung zur Spätaussiedleraufnahme drängendstes Thema

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, erklärte in einem Impulsvortrag zum Thema „Unsere Arbeit für Vertriebene und Aussiedler“ unter anderem, wie wichtig es ist, auch die deutschen Minderheiten und deren Anliegen in die politische Arbeit einzubeziehen. Die Landsmannschaften und die sogenannten Heimatverbliebenen sollten sich noch stärker ihrer gemeinsamen historischen und kulturellen Herkunft bewusst werden, um aus dieser Verbindung Kraft zu schöpfen. Drängendstes Thema im Gesamtkomplex sei die unbedingt notwendige Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) im Bereich der Spätaussiedleraufnahme, um den vom Krieg Russlands gegen die Ukraine betroffenen Deutschen in der Ukraine, aber auch in Russland Sicherheit zu geben und der Verantwortung für das Kriegsfolgeschicksal gerecht zu werden.

Nazarenus-Vetter: Politische Teilhabe von Deutschen aus Russland stärken

Zum gleichen Thema, wenn auch aus einer anderen Perspektive, sprach Albina Nazarenus-Vetter, die Vorsitzende des „Netzwerks Deutsche aus Russland und Aussiedler in der CDU“. Sie begrüßte, dass es im Jahr 2022 mit Unterstützung der OMV gelungen sei, das Netzwerk mit neuem Zuschnitt zu reaktivieren. Nun gehe es darum, die Anliegen der Deutschen aus Russland und Aussiedler noch stärker in die politische Arbeit einzubringen, die CDU als Ansprechpartner für diese Gruppen weiter zu etablieren und deren politische Teilhabe zu stärken, auch durch die Übernahme von Ämtern und Mandaten. Die konkrete Arbeit erläuterte sie anhand einer für den CDU-Landesverband Hessen erfolgreich durchgeführten Wahlkampagne des Landesnetzwerkes.

Gaida: Minderheitenrechte auf EU-Ebene stärken

Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), Bernard Gaida, ging in seinem Impuls zu „Europäische Minderheitenpolitik auf dem Prüfstand“ auf die unterschiedlichen Aufgaben der Europäischen Union und des Europarates ein. So sei innerhalb der EU jeder Mitgliedsstaat selbst für seine nationalen Minderheiten zuständig, der Euro-

parat wiederum für die Rahmenabkommen zu Minderheitenfragen. Jedoch bemühe sich die EU mit ihrer Gesetzgebung darum, Diskriminierung und Benachteiligung allgemein zu bekämpfen. Daher habe sich die FUEN über die MSPI-Bürgerinitiative dafür eingesetzt, konkret auch die Einhaltung von Minderheitenrechten zu einer Aufgabe der EU zu machen. Leider sei hier noch kein Erfolg zu vermelden, aber man bemühe sich weiter.

Dombrowski: Fremdrentenrecht korrigieren

Der Vorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Dieter Dombrowski, wies in seinem Impuls zur „Aufarbeitung des SED-Unrechts – aktueller Stand“ darauf hin, dass das Unrecht vielerorts „unsichtbar“ fortbestehe. So sei es aus der Perspektive der SED-Opfer völlig unverständlich, dass etwa Rentenzeiten der Täter ganz normal in die Deutsche Rentenversicherung überführt worden sind, während nach Westen geflüchteten oder verkauften Dissidenten die Fremdrentenansprüche rückwirkend zusammengestrichen wurden. Dies wirke für viele Opfer wie eine Verhöhnung und schaffe soziale Härten. Gerade die CDU müsse sich hier stärker um Korrektur bemühen.

Die Wortbeiträge waren von einer konstruktiven Diskussion mit den Delegierten begleitet. Außerdem berieten und verabschiedete die Delegierten eine Reihe von Anträgen zu aktuellen Anliegen der OMV.

Außerordentliche Bundesdelegiertentagung am 29. Januar 2025 in Berlin

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU (OMV) hat am 29. Januar 2025 auf einer außerordentlichen Bundesdelegiertentagung im Konrad-Adenauer-Haus, der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin, einen wegweisenden Beschluss gefasst: Mit deutlicher Mehrheit votierten die Delegierten für eine Änderung des § 1 der Satzung und damit für den neuen Namen „Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA)“. Der Schritt markiert Kontinuität und Neuausrichtung gleichermaßen und stärkt zugleich die Sichtbarkeit innerhalb der Union.

Als UdVA in die Zukunft

Der Bundesvorsitzende, Egon Primas, eröffnete die Tagung und bezeichnete die Entscheidung als „notwendigen und zukunftsweisenden Schritt, der unserer gewachsenen Arbeit und unseren Zielgruppen besser gerecht wird“. Er betonte, dass die Union auch weiterhin verlässlicher politischer Partner der deutschen Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und der deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa bleibe.



Starke Unterstützung aus CDU und CSU

Prominente Videogrußworte aus der Unionsspitze unterstrichen die Bedeutung der Tagung. CDU-Bundesvorsitzender Friedrich Merz MdB sprach die Delegierten per Videobotschaft an und dankte der Vereinigung für ihre kontinuierliche Brückenbauerrolle im In- und Ausland. Persönlich konnte er aufgrund kurzfristiger, unaufschiebbarer Abstimmungen im Deutschen Bundestag nicht anwesend sein.

Auch CSU-Generalsekretär Martin Huber MdL, der für den Parteivorsitzenden, Ministerpräsident Dr. Markus Söder MdL sprach, übermittelte per Video die Unterstützung der christsozialen Schwesterpartei und bekräftigte den besonderen Stellenwert der Anliegen von Vertriebenen und Aussiedlern innerhalb der Union.

Grußwort aus dem Deutschen Bundestag

In einem Grußwort ging Christoph de Vries MdB, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion, auf aktuelle politische Herausforderungen ein. De Vries würdigte die enge Zusammenarbeit mit der Vereinigung und betonte die parlamentarische Verantwortung der Unionsfraktion, die Anliegen der Betroffenen auch weiterhin konsequent zu vertreten.

Weichenstellung für die Zukunft

Im Mittelpunkt der Tagung stand der Beschluss zur Namensänderung, die bei wenigen Gegenstimmen mit großer Zustimmung angenommen wurde. Die neue Bezeichnung „UdVA“ trägt den gewachsenen Aufgaben und Zielgruppen der Vereinigung Rechnung und spiegelt den erweiterten politischen Anspruch wider, sämtliche Gruppen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten sichtbar zu vertreten.

Primas betonte, dass die Vereinigung „noch geschlossener und selbstbewusster auftreten“ werde und der neue Name die inhaltliche Breite der Arbeit klarer abbildet. Mit der

Entscheidung sei ein wichtiges Signal an die Partei und an die Verbände gesetzt worden.

Bundesvorstandssitzungen

Sitzung am 23. Februar 2024 in Garbsen

Am 23. Februar 2024 tagte der Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – in Garbsen bei Hannover. Reger Austausch zu aktuellen politischen Themen und zu den Beschlüssen der letztjährigen Bundesdelegiertentagung bestimmten den Sitzungsverlauf.

Dabei wurde u.a. erneut bestätigt, dass die Geschichte der Deutschen im Osten, das Schicksal von Flucht und Vertreibung sowie die Aufbauleistung der Vertriebenen und die Aufnahme der Spätaussiedler integraler Bestandteil der deutschen Geschichte sind und ihren selbstverständlichen Platz in der deutschen Erinnerungslandschaft behalten müssen. Es gelte, diese nicht mit allgemeinen geschichtlichen Fragen oder gar sachfremden Themen wie z.B. (Gewalt-) Migration anderer Gruppen zu vermengen.

Ebenso deutlich wurde, dass der Einsatz für die Aufnahme und die Beheimatung von Spätaussiedlern innerhalb der Unionsparteien fortgesetzt werden solle. Insbesondere bei den Rechtsgrundlagen der Spätaussiedleraufnahme und beim Thema Altersarmut gebe es politischen Nachholbedarf, der immer wieder auf die Tagesordnung gebracht werden müsse.

Gedenkgottesdienst für Helmut Sauer (Salzgitter)

Im Rahmen einer Heiligen Messe erwies der Bundesvorstand seinem bereits am 10. Januar verstorbenen Ehrenvorsitzenden, Helmut Sauer (Salzgitter), die letzte Ehre. Der Pfarrer der Kirchengemeinde St. Raphael in Garbsen, Konsistorialrat Christoph Lindner, hatte den Gottesdienst gemeinsam mit der OMV als „politischen Abschied“ für den Verstorbenen organisiert. Sauers Schwester Renate Pommorin, langjährige Weggefährtin aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sowie Mitstreiter und Freunde aus dem schlesischen Umfeld waren der Einladung gefolgt. Pfarrer Lindner, der auch Beauftragter des Bistums Hildesheim für Vertriebene und Aussiedler ist, wurde von zwei Konzelebranten aus Salzgitter-Lebenstedt begleitet – Pfarrer i.R. Raimund Mock und Kaplan Dennis Giesa.

Lindner begrüßte die Trauergemeinde und wies auf seine langjährige Zusammenarbeit mit Helmut Sauer hin, die mit der teils schlesischen Familiengeschichte des Pfarrers verbunden sei. Wie dem Verstorbenen liege ihm die Seelsorge für die Vertriebenen und Aussiedler, die Spurensuche in der Geschichte, der Kulturerhalt, aber auch die Ver-



ständigkeit über Grenzen hinweg sehr am Herzen. Helmut Sauer habe sich durch seine Arbeit großen Respekt auch im kirchlichen Bereich erworben.

Der OMV-Bundesvorsitzende, Egon Primas, zeichnete in seiner Trauerrede einige Bilder nach, die von Helmut Sauer in Erinnerung bleiben werden. Sein Amtsvorgänger an der Spitze der Vereinigung (zwischen 1989 und 2017) sei in der OMV, aber auch aufgrund seiner anderen langjährigen politischen und gesellschaftlichen Funktionen, etwa als Abgeordneter oder in der Landsmannschaft Schlesien, einer der prägendsten Köpfe der deutschen Vertriebenenpolitik gewesen. Geboren mitten in der schlimmsten Zeit im Nachkriegsschlesien, am 24. Dezember 1945, habe Sauer, mit dem Glück eines Christkindes, gemeinsam mit seinen Eltern und seiner Schwester die Vertreibung überlebt. „Hier liegt aus meiner Sicht die Wurzel für Vieles, was Helmut Sauer als Mensch ausmachte. Er war ein gläubiger Christ. Er war in Niedersachsen zu Hause, aber der schlesischen Heimat aus tiefstem Herzen verbunden. Und er hat sich zeit seines Lebens für das Recht auf die Heimat und gegen Vertreibungen eingesetzt“, betonte Primas und ging auf den politischen Lebensweg und den grenzüberschreitenden Einsatz von Helmut Sauer ein.

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, erinnerte an die 22 Jahre, in denen Sauer als BdV-Vizepräsident die Verbandsarbeit entscheidend mitgeprägt hat. Stets sei er dabei das Bindeglied zu den Kirchen gewesen und „stand mit seinem Bekenntnis zum Glauben und seiner seelischen Verwurzelung in der Heimat Schlesien beispielhaft für Biografien von Millionen Vertriebenen“.

Als langjähriger politischer Weggefährte sprach der Stiftungsratsvorsitzende der „Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“, Hartmut Koschyk. Koschyk hatte

seine „politische Karriere“ einst als Angestellter des Abgeordneten Sauer begonnen und war von dort aus zu höchsten politischen Weihen aufgebrochen. Immer wieder habe es Sauer nach Schlesien gezogen, betonte Koschyk, wo er mit den heimatverbliebenen Deutschen, mit der Kirche, aber auch mit den neuen Bewohnern der Heimat einen engen Kontakt gepflegt hat. Dabei sei ihm dabei besonders die Förderung der Jugend und der Dialog mit Jugendlichen ein Herzensanliegen gewesen.

Mit einer sehr persönlichen Note beschloss der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien, Stephan Rauhut, die Reihe der Redner. Helmut Sauer sei für ihn ein wichtiger Gesprächspartner und ein Vorbild gewesen, seit Rauhut im jungen Erwachsenenalter Verantwortung im landsmannschaftlichen Bereich übernommen habe. Über seine politischen Erfolge und sein diplomatisches Geschick hinaus bleibe vom Verstorbenen in Erinnerung, wie trefflich man sich auch mit ihm habe streiten können – und wie herzlich und meist gesellig eine Versöhnung danach gewesen sei. Er habe es wie wenige sonst verstanden, Menschen für seine Herzenthemen zu begeistern.

Der bewegende Gottesdienst wurde mit schlesischen Kirchenliedern ausgestaltet, die zu Helmut Sauer und seiner Familie in einem engen Bezug standen. Aus dem kirchlichen Bereich waren neben den bereits Genannten der ehemalige Visitator für das Erzbistum Breslau, Branitz und die Grafschaft Glatz, Dr. Joachim Giela, Domkapitular Krystian Burczek aus dem Bistum Görlitz und von der Gemeinschaft evangelischer Schlesier der ehemalige Generalsuperintendent aus Görlitz, Martin Herche, beim Gedenkgottesdienst vertreten.

Neben dem OMV-Bundesvorstand nahmen viele Weggefährten aus allen Arbeitsbereichen Sauers teil, darunter u.a.: der ehemalige Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Christoph Bergner, der ehemalige Abgeordnete des Europaparlaments und des Bundestages, BdV-Vizepräsident Milan Horáček (Bündnis 90/Die Grünen), der niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Deniz Kurku MdL (SPD), die Stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Niedersachsen, Veronika Bode, sowie Oliver Krauß (CDU), Abgeordneter des Rhein-Sieg-Kreises im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Andreas Hofmeister (CDU), Abgeordneter des Kreises Limburg-Weilburg im Hessischen Landtag und Volker Mosblech, Bürgermeister der Stadt Duisburg. Von Seiten der Deutschen Minderheit in Polen waren Bernard Gaida, Sprecher der AGDM, und Martin Lippa, Vorsitzender des DFK Rati-
bor, nach Garbsen gekommen.

Sitzung am 25. Juni 2024 in Berlin

Offen und konstruktiv tauschte sich der Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – am 25. Juli 2024 im Berliner Konrad-Adenauer-Haus mit dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Dr. Carsten Linnemann MdB, aus. Im Fokus standen sowohl die Themen, mit denen die OMV im neuen CDU-Grundsatzprogramm vertreten ist, als auch aktuelle Anliegen aus der politischen Arbeit.

Konstruktiver Austausch mit Carsten Linnemann

Der OMV-Bundesvorsitzende, Egon Primas, nutzte die Gelegenheit, Carsten Linnemann und Philipp Amthor für die positive Begleitung der OMV-Themen im Programm-Prozess zu danken. Das Programm sei jetzt „eine echte Grundlage für die programmatische Arbeit, auch der OMV“. Von einem menschenrechtlich verstandenen Heimatrecht über die Erinnerungs- und die Kulturarbeit bis hin zur grenzüberschreitenden Brückenfunktion der deutschen Vertriebenen, Aussiedler, aber auch der deutschen Minderheiten seien griffige Aussagen zu den Kernbereichen der Arbeit gefunden worden.

Der Generalsekretär griff dies direkt auf, lobte die OMV für ihren erfolgreichen Einsatz, insbesondere im vorpolitischen Raum, und erklärte, das Grundsatzprogramm sei „jetzt wieder CDU pur“. Die Unionsparteien seien die einzigen politischen Kräfte, die „glaubhaft und unideologisch zu Werten wie Heimat stehen“. „Die Vertriebenen, die Aussiedler und die Spätaussiedler gehören zu uns“, so Linnemann. Daher bleibe es wichtig, die



Arbeit der OMV zu stärken und die Themen der unterschiedlichen Gruppen gemeinsam als Union voranzubringen.

Die Zielgruppenansprache und deren wesentliche Anliegen waren Gegenstand des weiteren Gespräches. So wurde das Augenmerk etwa auf die aktuelle Förderpolitik der Bundesregierung im Bereich der Vertriebenenkultur sowie auf die Bewältigungsmöglichkeiten der hohen Altersarmut von Aussiedlern und Spätaussiedlern gelenkt. Außerdem wurde betont, wie wichtig gerade im Bereich der Spätaussiedler die politische Teilhabe und „das Sichtbar-Machen“ innerhalb der Gesellschaft seien.

Sowohl der OMV-Bundesvorstand als auch der CDU-Generalsekretär verließen die Sitzung mit neuen Ideen für die Gestaltung der politischen Arbeit.

Sitzung am 23. September 2024, digital

Der Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – tagte am 24. September 2024 kurzfristig digital, um die aktuellen politischen Entwicklungen und die Planung einer außerordentlichen Bundesdelegiertentagung zu beraten.

Der Bundesvorsitzende, Egon Primas, berichtete aus dem CDU-Bundesvorstand sowie zu den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen. Ausdrücklich begrüßt wurde die Nominierung des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz MdB als gemeinsamer Kanzlerkandidat von CDU und CSU.

Zentrales Thema war die weitere Abstimmung von Inhalten für das gemeinsame Bundestagswahlprogramm der Unionsparteien sowie eines 100-Tage-Programms. Die OMV brachte Änderungs- und Ergänzungsanträge insbesondere zur Spätaussiedleraufnahme, zur Zukunft der „Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sowie zur Stärkung der Minderheitenpolitik auf den Weg.

Die ursprünglich für Herbst 2024 vorgesehene, außerordentliche Bundesdelegiertentagung wurde aufgrund organisatorischer Rahmenbedingungen auf 2025 verschoben. Die Beratungen zur geplanten Namensänderung der OMV sollen fortgeführt werden.

Sitzung am 11. November 2024 in Berlin

Der Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – tagte am 11. November 2024 in Berlin. Im Mittelpunkt der Sitzung standen die zukünftige Einbindung des bisherigen CDU-Netzwerks „Deutsche aus Russland und Aussiedler“, die Weiterentwicklung der Arbeit sowie die Vorbereitung einer Namensänderung.

Der Bundesvorsitzende, Egon Primas, erklärte, das Netzwerk werde unter dem Dach der OMV fortgeführt, um Sichtbarkeit und politische Wirkung zu stärken. Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl arbeite die OMV an einer außerordentlichen Bundesdelegiertentagung zur Umbenennung der Vereinigung und zur Profilschärfung vor der Bundestagswahl. Diskutiert würden mehrere Namensvarianten; aus den Landesverbänden gebe es breite Unterstützung für eine Bezeichnung wie „Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten“.

Berichte aus der Bundestagsfraktion und zu wichtigen politische Anliegen

Einen ausführlichen Bericht gab Christoph de Vries MdB, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er hob die enge Zusammenarbeit mit der OMV hervor und unterstrich die deutlichen Fortschritte bei der Verankerung der Themen im Grundsatz- und Wahlprogramm der Union. Ziel sei es, ein eigenes Kapitel zu Vertriebenen, Aussiedlern und Minderheiten programmatisch zu verankern und im Wahlkampf zu nutzen.

Breiten Raum nahmen Berichte über die aktuelle Lage der Spätaussiedleraufnahme sowie zu Ablehnungspraktiken des Bundesverwaltungsamtes ein. Dr. Bernd Fabritius erläuterte neue Herausforderungen bei den Antragsverfahren und forderte eine politische Korrektur zugunsten der Betroffenen.

Ausgiebig besprochen wurden außerdem Pläne einer eigenen Kampagne zur Unterstützung des Kanzlerkandidaten und zur Verankerung der politischen Ziele im Hinblick auf die Bundestagswahl.

Sitzung am 17. Dezember 2024, digital

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – hat in ihrer digitalen Vorstandssitzung am 17. Dezember 2024 Inhalte des und letzte Änderungswünsche an das gemeinsame Wahlprogramm „Politikwechsel für Deutschland“ der Unionsparteien beraten.

Der Bundesvorsitzende, Egon Primas, betonte, dass wesentliche Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und heimatverbliebenen deutschen Minderheiten erfolgreich in das Programm eingebracht worden seien. Er erklärte, intensive Zusammenarbeit der OMV mit der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Leitung von Christoph de Vries MdB habe „maßgeblich dazu beigetragen, dass unsere Forderungen ohne Abstriche berücksichtigt wurden“.

„In anderen Parteiprogrammen sucht man solche klaren Aussagen vergeblich“, so Primas. „CDU und CSU senden damit ein starkes Signal an Millionen Menschen mit Vertriebenen- und Aussiedlerbiografien – und an die deutschen Minderheiten in Mittel-

und Osteuropa.“ Abschließend bezeichnete er die erreichten programmatischen Zusagen als wichtigen politischen Erfolg und zugleich als Grundlage für eine verlässliche Zusammenarbeit mit den Unionsparteien im anstehenden Bundestagswahlkampf.

Sitzung am 24. Februar 2025, digital

Der Bundesvorstand der Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA) ist am 24. Februar 2025 zu einer digitalen Sitzung zusammengekommen. Im Mittelpunkt standen der Rückblick auf die Bundesdelegiertenversammlung, die Wahlanalyse sowie die aktuelle politische Lage nach der Bundestagswahl.

Der Bundesvorsitzende, Egon Primas, berichtete zunächst über die positive Resonanz zur außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung, die den Namenswechsel zur UdVA beschlossen hatte. Die Satzungsänderung sei bereits genehmigt und veröffentlicht. Primas bat die Landes- und Kreisverbände um rasche Angleichung ihrer Bezeichnungen.

Im Anschluss nahm der Vorstand eine umfassende Auswertung der Bundestagswahl vor. Die UdVA begrüßte die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung sowie das starke Erst- und Zweitstimmenergebnis der Union. Besonders erfreut zeigte sich der Vorstand über die erneute Wahl zahlreicher Unterstützer der Vertriebenen-, Aussiedler- und Minderheitenpolitik – darunter Philipp Amthor, Christoph de Vries, Thorsten Frei, Knut Abraham, Peter Beyer und Dr. Ottilie Klein. Zugleich wurden die problematischen Entwicklungen in einzelnen Regionen, insbesondere in Ostdeutschland, klar benannt. Primas betonte, dass es nun eine Politik brauche, „die die Sorgen der Menschen ernst nimmt und den Osten nicht belehrt, sondern stärkt“.

Lage der deutschen Minderheiten, Berichte aus den Gremien

Einen Schwerpunkt bildete der Austausch über die Stimmungslage in den Herkunftsfamilien und Aussiedlergemeinschaften. Mehrere Vorstandsmitglieder schilderten regionale Entwicklungen und warben für eine noch gezieltere Ansprache dieser Gruppen. Die UdVA bekräftigte ihren Anspruch, auch in die anstehenden Koalitionsverhandlungen die im Wahlprogramm verankerten Anliegen einzubringen.

Philipp Amthor MdB berichtete aus dem CDU-Bundesvorstand über die Vorbereitungen der Regierungsbildung. Abschließend informierte Albina Nazarenus-Vetter über die Arbeit des jetzt der UdVA angegliederten Arbeitskreises „Netzwerk Deutsche aus Russland und Aussiedler“.

Sitzung am 19. Mai 2025 in Berlin

Die Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA) kam am 19. Mai 2025 im Konrad-Adenauer-Haus zu einer Bundesvorstandssitzung zusammen. Im Mittelpunkt standen die jüngsten politischen Entwicklungen und die Einbringung zentraler Anliegen in den Koalitionsvertrag.

Der Bundesvorsitzende, Egon Primas, berichtete über die erfolgte Regierungsbildung und die erfreuliche Besetzung zahlreicher Schlüsselpositionen mit ausgewiesenen Kennern der Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik. Besonders begrüßt wurde die geplante Zusammenführung aller einschlägigen Zuständigkeiten im Bundesministerium des Innern. „Die neue Struktur bietet die historische Chance, unsere Themen künftig schlagkräftiger und aus einem Guss zu vertreten“, so Primas.

Es sei gelungen, zentrale Anliegen im Koalitionsvertrag zu verankern – von der Stärkung der deutschen Minderheiten über Verbesserungen bei der Spätaussiedleraufnahme bis hin zur Rückbenennung des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE). Deutlich wurde zugleich, dass die dringend nötige Reform des Fremdrentengesetzes weiterhin ein offenes Thema bleibe. Die UdVA erneuerte ihre Erwartung, dass die Koalition diese Frage im Rahmen weiterer rentenpolitischer Verhandlungen aufgreife. Die Gruppe Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe sich erneut konstituiert und verzeichne einen deutlichen Zuwachs, darunter zahlreiche junge Abgeordnete.

Außerdem wurden Herausforderungen der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) angesichts knapper Haushaltslagen erörtert. Die UdVA betonte, dass die Kulturarbeit der Vertriebenen und Aussiedler – ebenso wie die Einrichtungen der deutschen Minderheiten – gerade im politischen Umbruch verlässliche Perspektiven benötige.

Sitzung am 13. August 2025, digital

Der Bundesvorstand der Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA) tagte am 13. August 2025 digital. Im Mittelpunkt der Sitzung standen die organisatorischen Vorbereitungen der Bundesdelegiertentagung am 5./6. Dezember 2025 sowie die Fortentwicklung der UdVA-Strukturen in den Landesverbänden.

Der Bundesvorsitzende, Egon Primas, hob hervor, dass zahlreiche Landesverbände bereits die Umbenennung in UdVA vollzogen hätten. Ziel bleibe der konsequente Aufbau von UdVA-Kreisverbänden, um die Vertretung der Anliegen von Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern vor Ort weiter zu stärken. Mitgliedergewinnung, engere Ko-

operation mit den CDU-Kreisverbänden sowie die politische Sichtbarkeit der UdVA in den Wahlkreisen bildeten hierbei zentrale Punkte.

Weitere Themen des Austauschs betrafen Anliegen der Deutschen aus Russland, Fragen der Spätaussiedleraufnahme, kulturpolitische Entwicklungen und die Situation der deutschen Minderheit in Polen.

Sitzung am 3. November 2025 in Berlin

Der Bundesvorstand der Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA) tagte am 3. November 2025 im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin. Der Bundesvorsitzende, Egon Primas, eröffnete die Sitzung und gab einen Überblick über die politischen Entwicklungen sowie über die anstehenden Schwerpunkte Arbeit.

Austausch mit Klaus-Peter Willsch MdB

Im Mittelpunkt des Austausches stand der Bericht von Klaus-Peter Willsch MdB, dem neuen Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Willsch stellte heraus, dass die Gruppe die Anliegen der Vertriebenen und Aussiedler weiterhin deutlich hörbar im parlamentarischen Raum vertrete. Besonders hob er die erfolgreiche Aufnahme zahlreicher vertriebenenpolitischer Themen in das Unions-Wahlprogramm hervor. Willsch dankte der



UdVA ausdrücklich für die enge inhaltliche Abstimmung, die wesentlich dazu beigetragen habe, die Themenlage geschlossen und klar im politischen Raum zu platzieren.

In seinem eigenen Bericht betonte Egon Primas die gestiegene Sichtbarkeit der UdVA innerhalb der CDU und CSU seit der vollzogenen Umbenennung und strukturellen Neuaufstellung. Für das Wahljahr 2025 habe die Vereinigung wesentliche Akzente gesetzt und entscheidende Inhalte im Wahlprogramm verankern können. Dazu zählen insbesondere Forderungen zur Stärkung der Spätaussiedlerrechte, zur Förderung der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie zur Fortführung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG.

Ein weiterer Schwerpunkt des Berichts war die Arbeit des neu ausgerichteten UdVA-Arbeitskreises „Netzwerk Deutsche aus Russland und Aussiedler“. Primas unterstrich, dass die strategische Ausrichtung des Netzwerkes vorangehe. Unmittelbar nach der UdVA-Bundesdelegiertentagung sei am 6. Dezember 2025 eine hybride Arbeitstagung des Netzwerkes geplant. Zugleich hob er hervor, dass die UdVA weiterhin für alle Vertriebenen und Aussiedler Verantwortung trage und die solidarische Einbindung aller Zielgruppen im Gesamtgefüge der Unionsparteien Priorität bleibe.

Dankbar waren die Vorstandsmitglieder außerdem für einen Bericht des Mitgliederbeauftragten, Nikolaus Poppitz. Dieser ging auf die Entwicklung der Mitgliederzahlen, auf mögliche Perspektiven und Ideen für die Mitgliedergewinnung ein. Entscheidend bleibe es, den Generationenwechsel auch strukturell in der Arbeit der Vereinigung umzusetzen.

Weitere Gremienarbeit

CDU-Bundesvorstand und Antragskommission

Der Bundesvorsitzende, Egon Primas, vertritt die UdVA als beratendes Mitglied im CDU-Bundesvorstand. Außerdem vertrat der Bundesvorsitzende die UdVA auf den im Berichtszeitraum liegenden Parteitag der CDU in der Antragskommission. Über die Arbeit dieser Gremien legt der jeweils zu den Parteitagen vorgelegte Geschäftsbericht der CDU Deutschlands Rechenschaft ab.

Programmkommission zur Bundestagswahl

Der Bundesvorsitzende, Egon Primas, vertrat die UdVA in der Programmkommission zu den Wahlen des 20. Deutschen Bundestags. Schatzmeister Philipp Amthor MdB war in seiner Funktion als Mitgliederbeauftragter der CDU Deutschlands ebenfalls Mitglied dieses Gremiums.

Konferenzen der Landes- und Vereinigungsgeschäftsführer sowie der Landesgeneralsekretäre der CDU Deutschlands

Der Hauptgeschäftsführer, Klaus Schuck, vertrat die UdVA in den Konferenzen der Landes- und Vereinigungsgeschäftsführer sowie der Landesgeneralsekretäre der CDU Deutschlands. Über die Arbeit in diesen Konferenzen legt der jeweils zu den Parteitag vorgelegte Geschäftsbericht der CDU Deutschlands Rechenschaft ab.

Bundesfachausschüsse und Netzwerke der CDU Deutschlands

Nach den Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag wurden erneut Bundesfachausschüsse und Netzwerke der CDU Deutschlands berufen. Seitens der UdVA konnten viele Fachleute erfolgreich sowohl für die Bundesfachausschüsse als auch für die Netzwerke benannt werden. Über die Arbeit in diesen Gremien legt der jeweils zu den Parteitagen vorgelegte Geschäftsbericht der CDU Deutschlands Rechenschaft ab.

Sitzungen der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

An den Sitzungen der Gruppe Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter ihren Vorsitzenden Klaus-Peter Willsch MdB (seit 2025) bzw. Christoph de Vries MdB (bis 2025) nahm der Bundesvorsitzende, Egon Primas, als ständiger Gast teil. Der stellvertretende Bundesvorsitzende, Dr. Bernd Fabritius, war als Präsident des Bundes der Vertriebenen ständiger Gast der Gruppe und ist dies nun auch als Bundesbeauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Schatzmeister Philipp Amthor ist als Bundestagsabgeordneter Mitglied. Auf der Mitarbeiter-Ebene findet der Austausch ebenfalls regelmäßig statt.

UdVA-Bundesvorstand (gewählt am 10./11. November 2023)

Vorsitzender:	Egon Primas (Landesvorsitzender Thüringen)
Hauptgeschäftsführer:	Klaus Schuck (Nordrhein-Westfalen)
Stellvertreter:	Dr. Bernd Fabritius (Bayern) Rüdiger Goldmann (Nordrhein-Westfalen) Albina Nazarenus-Vetter (Hessen) Heiko Schmelzle (Landesvorsitzender Niedersachsen) Christoph Zalder (Landesvorsitzender Baden-Württemberg)
Schatzmeister:	Philipp Amthor MdB (Mecklenburg-Vorpommern)
Beisitzer:	Hertha Daniel (Bayern) Frank Hirche (Sachsen) Klaus Hoffmann (Baden-Württemberg) Andreas Hofmeister MdL (Hessen) Werner Jostmeier (Nordrhein-Westfalen) Keti Langrehr (Niedersachsen) Thomas Mittermeier (Bayern) Johann Thießen (Hessen)
Mitgliederbeauftragter:	Nikolaus Poppitz (Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz)



Veranstaltungen und Kontakte



Veranstaltungen des Arbeitskreises „Netzwerk Deutsche aus Russland und Aussiedler“

Veranstaltung am 29. Januar 2025, hybrid

Der neu eingerichtete Arbeitskreis „Netzwerk Deutsche aus Russland und Aussiedler“ der Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA) ist am 29. Januar 2025 zu seiner ersten Sitzung zusammengekommen. Die hybride Beratung im Konrad-Adenauer-Haus stieß auf große Resonanz – trotz kurzfristiger Terminüberschneidungen im Bundestag aufgrund einer namentlichen Abstimmung.

„Netzwerk Deutsche aus Russland und Aussiedler“ nimmt Arbeit auf

Der UdVA-Bundesvorsitzende, Egon Primas, eröffnete die Sitzung und erläuterte die neue organisatorische Einbindung: Mit dem Beschluss der Bundesdelegiertentagung firmiert die Vereinigung nun als UdVA, und das Netzwerk, das auf die Arbeit der Aussiedlerbeauftragtenkonferenzen des Netzwerks Aussiedler der CDU zurückgeht, wird fortan als Arbeitskreis der UdVA geführt. Dies sichere Kontinuität, Verlässlichkeit und politische Schlagkraft.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen zwei Themenblöcke: Wahlkampf und Zielgruppenansprache sowie die strukturelle Ausrichtung des Netzwerks.

CDU-Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann MdB betonte die besondere Verantwortung der Union gegenüber Aussiedlern und Spätaussiedlern und verwies auf zentrale Passagen des Wahlprogramms, insbesondere zur Reform des Fremdrentengesetzes und zur Bekämpfung der Altersarmut.



Dr. Bernd Fabritius, stellvertretender UdVA-Bundesvorsitzender und BdV-Präsident, hob die große Wertschätzung für die Anliegen der Deutschen aus Russland hervor und betonte die Bedeutung kultureller Identität sowie der Einstandspflicht Deutschlands für das Kriegsfolgenschicksal dieser Volksgruppe.

Albina Nazarenus-Vetter, die den Arbeitskreis verantwortet und stellvertretende UdVA-Bundesvorsitzende ist, stellte die geplante Arbeitsstruktur vor: regelmäßige Online-Sitzungen, thematische Arbeitsgruppen, Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit und eine stärkere Einbindung junger Spätaussiedler. Zudem wurde die Kampagne „Netzwerk on Tour“ angekündigt, um den Dialog zwischen Kandidaten und Landsleuten zu intensivieren.

In der Diskussion wurden Erwartungen an Sprache, politisches Engagement und soziale Gerechtigkeit deutlich formuliert. Mehrere Teilnehmer betonten, dass allein die Unionsparteien konsequent an der Seite der Aussiedler stehe und ihre Anliegen verlässlich vertreten. Zum Abschluss rief Primas zu gemeinsamer Geschlossenheit auf: Ziel sei es, im Bundestagswahlkampf klare Signale zu setzen – und zugleich die langfristige politische Einbindung der Deutschen aus Russland und Aussiedler nachhaltig zu stärken.

Veranstaltung am 12. Februar 2025, digital

Am 12. Februar 2025 kam der UdVA-Arbeitskreis „Netzwerk Deutsche aus Russland und Aussiedler“ zu einer offenen Video-Konferenz zusammen. Die Vorsitzende Albina Nazarenus-Vetter knüpfte in ihrer Begrüßung an die Aufbruchsstimmung des 37. CDU-Bundesparteitags an und unterstrich die breite Unterstützung, die die Anliegen der Aussiedler und Spätaussiedler im Wahlprogramm der Union gefunden haben.

Als Hauptreferent informierte Dr. Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen und erfahrener Kenner der Aussiedler- und Minderheitenpolitik, über die aktuelle politische Lage, über rechtliche Herausforderungen und über die Bedeutung der im Wahlkampf zentralen Themen. Mit präzisen Einschätzungen und konkreten Hinweisen bot er den Mitgliedern des Arbeitskreises wertvolle Argumentationshilfen.

In der anschließenden Diskussion tauschten sich die Teilnehmenden über ihre Erwartungen und Fragen aus.

Veranstaltung am 24. Februar 2025, digital

Am 24. Februar 2025, einen Tag nach der Bundestagswahl, traf sich der UdVA-Arbeitskreis „Netzwerk Deutsche aus Russland und Aussiedler“ zu einer einstündigen Video-Schalte. Der Einladung des Bundesvorsitzenden Egon Primas und der Arbeitskreisvorsitzenden Albina Nazarenus-Vetter folgten zahlreiche Mitglieder aus Verbänden und Landesgruppen.

Die Sitzung stand ganz im Zeichen der ersten Bewertungen des Wahlergebnisses. Gemeinsam wurde erörtert, wie die Wahlbotschaften von CDU und CSU in den Zielgruppen aufgenommen wurden und welche politischen Konstellationen sich nun für eine Regierungsbildung abzeichnen. Dabei wurde betont, wie entscheidend die klare Positionierung der Union an der Seite der Vertriebenen, Aussiedler, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten im Wahlkampf gewesen sei.

Der Arbeitskreis berichtete zudem über die starke Beteiligung an den Angeboten der UdVA in den vergangenen Wochen – von den gut besuchten thematischen Video-Konferenzen über die aktiven WhatsApp-Gruppen mit mehr als 150 Teilnehmern bis hin zur intensiven Nutzung des Wahlkampfmaterials. Die Rückmeldungen aus vielen Regionen zeigten, dass das Netzwerk „On Tour“ erfolgreich Kandidatinnen und Kandidaten mit den Anliegen der Zielgruppen zusammengebracht habe.

Zum Abschluss richtete der Arbeitskreis den Blick nach vorn: In den anstehenden Gesprächen zur Regierungsbildung müsse sichergestellt werden, dass zentrale Anliegen der Aussiedler- und Vertriebenenpolitik in einem Koalitionsvertrag sichtbar verankert bleiben. Gleichzeitig wurde die Fortsetzung der Netzwerkarbeit für die neue Wahlperiode vorbereitet.

Allgemeines zur Arbeit des Arbeitskreises

Der Arbeitskreis „Netzwerk Deutsche aus Russland und Aussiedler“ gewann im Bundestagswahljahr 2025 große Bedeutung als Instrument einer zielgruppenspezifischen Ansprache der UdVA. Aufbauend auf den Strukturen der Vorjahre wurde die Netzwerkarbeit professionalisiert und enger mit den regionalen Verbänden verzahnt. Im Mittelpunkt standen politische Bildungsarbeit, die Vermittlung zentraler Wahlkampfthemen und der direkte Dialog mit den Aussiedlergemeinschaften in den Ländern.

Im Rahmen der Wahlkampfaktivitäten entstanden zweisprachige Informationsmaterialien, Argumentationskarten und digitale Inhalte, die insbesondere über Social-Media-Kanäle und etablierte russlanddeutsche Medien verbreitet wurden. Diese zielgenaue Kommunikation wurde durch eine aktive Präsenz in Vereinen, Gemeindegruppen und Kulturinitiativen ergänzt. Dabei zeigte sich, dass die persönliche Begegnung mit Kandidatinnen und Kandidaten sowie die politische Einordnung der Themen Spätaussiedleraufnahme, soziale Gerechtigkeit und Kulturarbeit entscheidend zur Mobilisierung beitrug. Ein Schwerpunkt lag dabei im Landesverband Hessen, wo gemeinsam mit der CDU z.B. erfolgreiche Informations- und Dialogveranstaltungen organisiert wurden.

Auf Grundlage dieser Erfahrungen wird bereits an Konzepten zur Unterstützung weiterer Wahlkämpfe gearbeitet. Die Netzwerkarbeit bleibt damit ein strategischer Bestandteil der politischen Präsenz der UdVA vor Ort und trägt maßgeblich dazu bei, Vertrauen, Teilhabe und politische Sichtbarkeit der Aussiedlergemeinschaft zu stärken.

Parteitage und Parteiveranstaltungen

36. Parteitag der CDU Deutschlands vom 6. bis 8. Mai 2024 in Berlin

Auf dem dreitägigen 36. Parteitag der CDU Deutschlands, der vom 6. bis 8. Mai 2024 im Berliner Estrel Congress Center stattfand, wurden ein neuer Bundesvorstand gewählt, das neue Grundsatzprogramm „In Freiheit leben – Deutschland sicher in die Zukunft führen“ verabschiedet und zugleich der Start in die heiße Phase des Europawahlkampfes vollzogen.

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – war mit einem Informationsstand vertreten und nutzte den Parteitag intensiv, um ihre politischen Anliegen sichtbar zu machen.

Bereits am ersten Tag informierten sich zahlreiche Persönlichkeiten über die Arbeit der OMV, darunter BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, der Leverkusener Landtagsabgeordnete Rüdiger Scholz, Delegierter Nikolaus Poppitz (Mainz) sowie Heiko Schmelzle, neuer Landesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien in Niedersachsen.



Ein politisches Signal setzte die Wahl des neuen Mitgliederbeauftragten der CDU Deutschlands: Die OMV hatte ihren Schatzmeister Philipp Amthor MdB für das Amt vorgeschlagen – und die Delegierten bestätigten ihn. Damit erhielten die Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten zusätzliche Sichtbarkeit in der innerparteilichen Struktur.

Am zweiten Tag besuchte auch CDU-Bundesvorsitzender Friedrich Merz MdB den Stand der OMV. Dabei traf er auf eine Delegation der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Vorsitz von Christoph de Vries MdB. Im Mittelpunkt stand die erfolgreiche Verankerung zentraler OMV-Forderungen im neuen CDU-Grundsatzprogramm, darunter die Stärkung der Erinnerungskultur, ein klares Bekenntnis zum Recht auf die Heimat sowie die politische Verantwortung Deutschlands für die deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa – Anliegen, die OMV und Bundestagsgruppe gemeinsam erarbeitet und eingebracht haben.

Mit hoher politischer Aufmerksamkeit, zahlreichen Gesprächen und deutlichen programmatischen Erfolgen war die OMV auf dem Parteitag sichtbar und wirkungsvoll vertreten – ein starkes Zeichen für die Zukunftsrelevanz ihrer Themen.

37. Parteitag der CDU Deutschlands am 3. Februar 2025 in Berlin

Der 37. Parteitag der CDU Deutschlands fand in Berlin statt und markierte den Auftakt zur heißen Phase des Bundestagswahlkampfes 2025. Die Delegierten verabschiedeten das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU und stellten damit die politischen Schwerpunkte für die kommenden Jahre klar heraus. CDU-Vorsitzender und Kanzlerkandidat Friedrich Merz betonte in seiner Grundsatzrede die Notwendigkeit einer Poli-



tik der bürgerlichen Vernunft, der Stabilität und der klaren Abgrenzung gegenüber politischen Extremen.

Für die Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA) war der Parteitag von besonderer Bedeutung. Das neue Wahlprogramm enthält deutliche Bekenntnisse zur Stärkung der Bundesförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz, zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung sowie zur verlässlichen Aufnahme von Spätaussiedlern und zur Reform des Fremdrentenrechts – Anliegen, die von der UdVA in den Beratungsprozess eingebracht wurden und nun fest verankert sind.

Ein öffentlich sichtbares Zeichen der innerparteilichen Geschlossenheit war zudem ein gemeinsamer Fotostand der Vereinigungen, an dem auch die UdVA prominent vertreten war. Die vielen Gespräche der UdVA-Vertreterinnen und -Vertreter auf dem Parteitag machten deutlich: Die Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten finden im Wahlkampf breite Unterstützung und bleiben ein fester Bestandteil der Unionspolitik.

Bundesausschuss der CDU Deutschlands am 28. April 2025 in Berlin

Der Bundesausschuss der CDU Deutschlands tagte am 28. April 2025 in Berlin. Als „kleiner Parteitag“ setzte das Gremium wichtige Akzente für die Arbeit der neuen Bundesregierung unter Bundeskanzler Friedrich Merz. Im Mittelpunkt standen die Umset-

zung des Wahlprogramms sowie die Konkretisierung des Koalitionsvertrags von CDU/CSU und SPD (2025-2029), in dem die Belange der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten ausdrücklich verankert sind.

Die Vertreter der UdVA nahmen an den Beratungen teil und brachten die von der UdVA vertretenen Anliegen ein. Der Bundesausschuss bestätigte damit die inhaltliche Linie der programmatischen Parteiarbeit. Mit seinen Beschlüssen gab der Bundesausschuss das Signal, dass die unionsgeführte Bundesregierung viele der vereinigungsspezifischen Versprechen des Wahlprogramms verlässlich umsetzen wird – ein Kernanliegen der UdVA, das in Berlin erneut breite Unterstützung fand.

Politische Kontakte

Kontakte mit Vereinigungen und Sonderorganisationen sowie CDU- und UdVA-Landesverbänden

Die laufenden Geschäfte der UdVA erforderten auch in der Berichtszeit eine enge und verlässliche Zusammenarbeit mit den anderen Vereinigungen der CDU und CSU sowie mit den Landesverbänden der Union. Dieser Austausch ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und der deutschen Minderheiten in allen politischen Ebenen der Partei präsent bleiben – von der Programmarbeit über die Gremienpolitik bis in die Wahlkampfphase.

Mit dem Evangelischen Arbeitskreis (EAK), der Senioren-Union (SU), der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), der Jungen Union (JU), der Frauen Union (FU), der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV), der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), der Schüler Union sowie der Lesben- und Schwulen-Union (LSU) bestehen unverändert enge und vertrauensvolle Kontakte. Die Vernetzung wurde in der Berichtszeit weiter ausgebaut. Gerade im Bundestagswahlkampf 2025 zeigte sich erneut, wie wichtig das geschlossene Auftreten aller Parteivereinigungen ist.

Der Hauptgeschäftsführer bzw. der Organisationsreferent der UdVA nimmt regelmäßig an den Runden der Vereinigungsgeschäftsführer auf Bundesebene teil und bringt dort die spezifischen Anliegen der von der UdVA vertretenen Zielgruppen ein – etwa zur Reform des Fremdrentengesetzes, zur Lage der deutschen Minderheiten oder zur Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG).

Ebenso eng gestalten sich die Kontakte zu den CDU-Landesverbänden sowie zur CDU. Dies ergibt sich nicht zuletzt aus der Zugehörigkeit des Hauptgeschäftsführers zur Konferenz der Landesgeschäftsführer, Vereinigungsgeschäftsführer und Landesgeneralsekretäre. Dort werden aktuelle politische Lagen ebenso beraten wie organisatorische Fragen, die für die Arbeit der UdVA von Bedeutung sind – etwa die Vorbereitung der

Bundesdelegiertentagung, die Koordination landespolitischer Initiativen oder die Begleitung der neuen Netzwerke, insbesondere des UdVA-Arbeitskreises „Netzwerk Deutsche aus Russland und Aussiedler“, dessen Arbeit im Berichtsjahr spürbar intensiviert wurde.

Wertvoll bleibt außerdem, dass die Landesvorsitzenden der UdVA kooptierte Mitglieder in den jeweiligen Landesvorständen von CDU bzw. CSU sind. Etliche wirken zugleich im UdVA-Bundesvorstand mit. Diese personelle Verzahnung schafft kurze Wege und erleichtert die politische Durchsetzung zentraler Anliegen, etwa im Zusammenhang mit den Forderungen zur Kulturförderung, zum Schutz der deutschen Minderheiten oder zur sozialen Gleichstellung von Aussiedlern.

Auf operativer Ebene bestehen darüber hinaus direkte Kontakte zu Landes- und Kreisgeschäftsführern der Union, die genutzt werden, um die Arbeit der UdVA in Bildungs-, Organisations- und Öffentlichkeitsprozessen zu verankern. Dies betrifft insbesondere den Wissenstransfer über Flucht und Vertreibung, die kulturelle Identität der Vertriebenen sowie die aktuelle Situation der deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa – Themen, die auch im neuen Wahlprogramm und im Grundsatzprogramm der CDU ausdrücklich hervorgehoben werden.

Die UdVA bleibt damit ein zentrales Bindeglied: zwischen Partei und Verbänden, zwischen Bundes- und Landesebene, zwischen historischen Erfahrungen und aktuellen politischen Herausforderungen. Die enge Zusammenarbeit mit den anderen Vereinigungen der Union sichert, dass die Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten auch 2025 ein lebendiger Bestandteil des politischen Profils von CDU und CSU bleiben.

Bundesregierung und Landesregierungen

Im Berichtszeitraum war die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und den Landesregierungen entscheidend dafür, die Anliegen der UdVA – insbesondere Aussiedlerpolitik, Vertriebenenkultur, Verständigungspolitik und Minderheitenförderung – in den politischen Entscheidungsprozessen präsent zu halten.

Bundesregierung

Nach den Jahren 2022 bis 2024, in denen der Zuständigkeitszuschnitt der Ampelregierung häufig zu Problemen in der Aussiedleraufnahme, bei der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) sowie bei der Minderheitenpolitik führte, kam es 2025 zu einer strukturellen Neuausrichtung und einer Zusammenlegung entscheidender Themenbereiche im Bundesministerium des Innern (BKI), die für die UdVA von erheblicher Bedeutung war.

Dr. Bernd Fabritius (CSU) wurde im Mai 2025 erneut zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten berufen. Diese Personalentscheidung stellte nicht nur eine fachliche Stärkung des Themenfeldes dar, sondern bedeutete auch eine politische Anknüpfung an die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Fabritius und der UdVA. Wichtig ist auch die Berufung des ehemaligen Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion, Christoph de Vries (CDU), zum Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern.

Viele der von der UdVA vertretenen Anliegen – etwa die Reform des Fremdrentengesetzes, die Sicherung der Vermutung des Kriegsfolgeschicksals oder die Förderung der deutschen Minderheiten – finden seitdem ein offeneres Ohr in der Bundesregierung.

Es ergeben sich neue Gesprächsansätze, insbesondere im Zusammenhang mit der Bundesförderung nach § 96 BVFG und der Arbeit der kulturellen Einrichtungen, deren Bestandssicherung und Weiterentwicklung zu den Kernanliegen der Vereinigung gehören.

Im Bereich Kultur und Erinnerungspolitik ist seit 2025 Staatsminister Dr. Wolfram Weimer (parteilos) als Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) verantwortlich, wobei jedoch die Zuständigkeit vom § 96 BVFG nun nicht mehr beim BKM liegt.

Durch diese personellen Weichenstellungen hat sich der Handlungsspielraum für die UdVA in der Bundespolitik 2025 spürbar erweitert. Viele der im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 eingebrachten Positionen – etwa im Wahlprogramm der CDU/CSU oder im Entwurf des Koalitionsvertrages – konnten nun unmittelbar auf Regierungsebene thematisiert werden.

Landesregierungen

Die Kontakte zu den Landesregierungen waren im gesamten Berichtszeitraum eng und wurden zunehmend über die UdVA-Landesverbände sowie über die – vielfach der Union verbundenen – Landesbeauftragten gepflegt. Von besonderer Bedeutung waren dabei jene Länder, in denen die personelle und politische Verbindung zur UdVA traditionell besonders stark ist.

- In Baden-Württemberg ist Innenminister Thomas Strobl (CDU) seit 2016 zentraler Ansprechpartner für die Themen Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler. Die UdVA Baden-Württemberg gestaltete den Austausch mit ihm entscheidend mit.
- In Bayern ist seit 2023 Dr. Petra Loibl MdL (CSU) als Landesbeauftragte für Aussiedler und Vertriebene tätig. Aufgrund der engen Verzahnung zwischen CSU,

UdVA Bayern und den BdV-Verbänden besteht hier traditionell ein besonders intensiver Austausch, von dem auch die UdVA im Bundeskontext profitierte.

- In Hessen übernahm Andreas Hofmeister MdL (CDU) 2024 das Amt des Landesbeauftragten. Hofmeister ist Mitglied der UdVA sowie im UdVA-Bundesvorstand und seit vielen Jahren mit den Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler vertraut.
- In Nordrhein-Westfalen ist Heiko Hendriks (CDU) seit 2018 als Beauftragter beratend für die Landesregierung tätig. Hendriks ist seit 2013 Landesvorsitzender der UdVA NRW. Auch seine Arbeit bildet eine Schnittstelle zwischen Landespolitik und UdVA-Bundesebene.
- In Sachsen ist Dr. Jens Baumann seit 2018 Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler. Wegen der engen historischen Bezüge vieler sächsischer Mandats- und Amtsträger und der geografischen Lage des Bundeslandes mit Grenzen zu Polen und Tschechien besteht hier traditionell ein reger Austausch.
- In Berlin wurde 2024 eine strukturelle Lücke geschlossen: Mit Walter Gauks (CDU), der zugleich Landesvorsitzender der UdVA in Berlin ist, existiert erstmals eine feste „Ansprechperson des Senats“ für die Anliegen von Deutschen aus Russland, Aussiedlern und Vertriebenen.

Insgesamt zeigt der Zeitraum, dass die UdVA über ihre Landesverbände und Netzwerke eine breite, belastbare Struktur politischer Ansprechpartner besitzt. Der politische Neustart des Jahres 2025 auf Bundesebene – mit mehreren themenfreundlichen politischen Signalen der neuen Bundesregierung – stärkte die Position der UdVA deutlich.

Damit konnten zentrale Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten im Jahr 2025 wieder stärker in die politische Agenda der Bundesregierung und vieler Länder eingebracht werden.

Vorpolitischer Raum und Verbände im In- und Ausland

Im Berichtszeitraum hat die UdVA ihre Rolle als politischer Partner und Anwalt der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten sowie als Schnittstelle zwischen deren Verbänden und den Unionsparteien weiter profiliert. Besonders dazu beigetragen hat die Namensänderung in „Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU“.

Enge Vernetzung mit BdV und Landsmannschaften

Die UdVA ist im vorpolitischen Raum vor allem durch die Vernetzung und die engen Kontakte mit dem Bund der Vertriebenen und dessen Mitgliedsorganisationen, insbe-

sondere den Landsmannschaften, präsent. Wichtige Verbindungen im Bundesvorstand sind:

- Egon Primas, UdVA-Bundesvorsitzender, ist BdV-Vizepräsident und BdV-Landesvorsitzender in Thüringen.
- Dr. Bernd Fabritius, stellvertretender UdVA-Bundesvorsitzender, war bis Oktober 2025 BdV-Präsident und konzentriert sich seit dem dortigen Führungswechsel auf sein Amt als Bundesbeauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Der neue BdV-Präsident, Stephan Mayer MdB, ist stellvertretender UdVA-Landesvorsitzender in Bayern.
- Albina Nazarenus-Vetter, stellvertretende UdVA-Bundesvorsitzende, ist als Geschäftsführerin der „Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland in Hessen gGmbH“ (IDRH) eng in die Strukturen der „Deutschen Jugend aus Russland Hessen e.V.“ (DJR) eingebunden und auch den landsmannschaftlichen Strukturen in ihrem Bundesland verbunden.
- Heiko Schmelzle, stellvertretender UdVA-Bundesvorsitzender, ist BdV-Landesvorsitzender in Niedersachsen und Landesgruppenvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien.
- Nikolaus Poppitz, UdVA-Mitgliederbeauftragter, ist stellvertretender BdV-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz.
- Frank Hirche, Beisitzer im UdVA-Bundesvorstand, ist BdV-Landesvorsitzender in Sachsen.
- Klaus Hoffmann, Beisitzer im UdVA-Bundesvorstand, ist Landesobmann der Sudetendeutschen in Baden-Württemberg.
- Johann Thießen, Beisitzer im UdVA-Bundesvorstand, war bis Oktober 2025 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR) und bleibt LmDR-Landesvorsitzender in Hessen.

Die Vernetzung sorgt dafür, dass die Erfahrungen und Erwartungen der Vertriebenen- und Aussiedlerverbände unmittelbar in die politische Arbeit einfließen – von sozialrechtlichen Fragen (FRG, Härtefallregelungen) bis hin zu Fragen der Erinnerungs-, Kultur- oder Minderheitenpolitik. Themen wie Integration und Beheimatung, Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen, Jugend- und Bildungsarbeit und der Umgang mit aktuellen Spannungen im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine flossen direkt in die Arbeit der UdVA ein.

Kooperation mit AGDM und deutschen Minderheiten

Ein besonderer Schwerpunkt im vorpolitischen Raum ist die Zusammenarbeit mit den Organisationen der deutschen Minderheiten im Ausland. Die UdVA arbeitet hier eng

mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) und den jeweiligen nationalen Selbstorganisationen der deutschen Minderheiten zusammen.

Nach der Bundesdelegiertentagung 2023 wurde Bernard Gaida (CDU) in seiner damaligen Funktion als AGDM-Sprecher als beratende Stimme in den Bundesvorstand kooperiert. Der Schulterschluss mit den Minderheiten und deren politische Vertretung in Deutschland bleibt auch nach dem Sprecherwechsel auf den Siebenbürger Sachsen Benjamin Józsa ein Arbeitsfeld.

Die Kontakte zur deutschen Minderheit in Polen wurden im Berichtszeitraum weiter intensiviert. Regelmäßige Gespräche mit dem Vorsitzenden des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Rafał Bartek, sowie Besuche bei der deutschen Minderheit in Oberschlesien und Oppeln sind fester Bestandteil der Arbeit der UdVA.

Besondere Bedeutung hatte dabei die Wallfahrt der nationalen und ethnischen Minderheiten zum St. Annaberg, an der der UdVA-Bundesvorsitzende gemeinsam mit Vertretern der deutschen Minderheit in Polen und dem AGDM-Sprecher in beiden Berichtsjahren teilnahm. Die UdVA nutzt diese Veranstaltungen gezielt, um die Anliegen der deutschen Minderheit in Polen sowie ihre Rolle als Brückenbauer zwischen ihren Herkunftsländern und Deutschland sichtbar zu machen.

Über ihre Vorstandsmitglieder und Landesvereinigungen hält die UdVA darüber hinaus kontinuierliche Kontakte zu Verbänden der deutschen Minderheiten in Tschechien (Böhmen und Mähren), Rumänien (Siebenbürgen und Banat), der Slowakei, Ungarn oder den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Die Zusammenarbeit reicht von politischen Gesprächen über Kultur- und Gedenkveranstaltungen bis hin zur Unterstützung beim Erhalt von Sprache, Identität und Minderheitenrechten.

Politische Einordnung

Insgesamt zeigt der Berichtszeitraum, dass die UdVA ist in einem im weiten Sinne verstandenen vopolitischen Raum gut vernetzt ist – in BdV, Landsmannschaften, AGDM, Selbstorganisationen der Aussiedler und den Organisationen der deutschen Minderheiten im Ausland. Diese enge Vernetzung macht es möglich, dass Forderungen und Erfahrungen der Verbände in die Programmatik der CDU/CSU, in Wahlkampfpositionierungen und in die Gespräche mit Bundesregierung und Landesregierungen einfließen.

Gerade im Wahljahr 2025 war die UdVA damit nicht nur innerparteilich, sondern auch im Netzwerk der Vertriebenen- und Minderheitenverbände eine sichtbare politische Stimme, die Erwartungen gebündelt und diese entlang der programmatischen Leitlinien von CDU und CSU in konkrete politische Forderungen übersetzt hat.

Themen und Beschlüsse



Wichtige Themen und Arbeitsstände

Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse

✓ Erfolgreich umgesetzt / Erreichte Fortschritte

Die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse hat sich in den vergangenen Jahren spürbar verbessert. Bundesvertriebenengesetz (BVFG) und Berufsqualifikations- und Feststellungsgesetz (BQFG) greifen heute verlässlicher; viele Kammern und Behörden treffen inzwischen praxisnahe Entscheidungen.

Die UdVA hat durch kontinuierliche Gespräche mit Betroffenen, Verbänden, Kammern und zuständigen Behörden maßgeblich dazu beigetragen, Ungleichbehandlungen sichtbar zu machen und für transparente, nachvollziehbare Verfahren zu werben.

Die positive Entwicklung der Arbeitsmarktsituation hat vielerorts zu größerer Offenheit gegenüber der Anerkennung geführt und die Chancen für Neuankömmlinge erhöht.

! Noch offen / Politischer Handlungsbedarf

Die Anerkennungspraxis bleibt bundesweit uneinheitlich: Der Bildungsföderalismus führt weiterhin dazu, dass identische Berufsbiografien in den Ländern unterschiedlich bewertet werden.

Zwischen einzelnen Zuständigkeitsstellen bestehen teils erhebliche Unterschiede in der Bewertungspraxis und Verfahrensdauer; dies erschwert die Planbarkeit für Antragstellerinnen und Antragsteller.

Besonders ältere Betroffene, deren Abschlüsse früher mangels Rechtsgrundlagen, Beratung oder Arbeitsmarktchancen nicht anerkannt wurden, sind weiterhin benachteiligt – mit unmittelbaren Folgen für berufliche Perspektiven und Altersarmut.

Politische Aufgaben bestehen in:

- einer stärkeren Vereinheitlichung der Anerkennungspraxis,
- einer besseren Verzahnung der BVFG- und BQFG-Verfahren,
- verbindlichen bundesrechtlichen Mindeststandards,
- gezielten und niedrigschwelligen Nachqualifizierungs- und Ausgleichsangeboten, insbesondere für ältere Generationen.

Aufnahme und Beheimatung von Spätaussiedlern

✓ Erfolgreich umgesetzt / Erreichte Fortschritte

Der anhaltende Druck des Bundes der Vertriebenen (BdV), der CDU/CSU – insbesondere der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten – sowie der UdVA führte ab Ende 2023 zu einer ersten Korrektur der restriktiven Verwaltungspraxis des Bundesverwaltungsamtes (BVA).

Die Ampelkoalition musste im Dezember 2023 eine Änderung des Bundesvertriebengesetzes (BVFG) vornehmen. Dadurch wurden Fehlinterpretationen abgemildert, die nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 2021 zu einem faktischen Aufnahmestopp geführt hatten.

Mit der Kriegsbedingten Wohnsitzfortgeltungsverordnung 2024 wurde verhindert, dass kriegsbedingte Fluchtbewegungen aus der Ukraine oder Russland pauschal als „Aufgabe des Wohnsitzes“ gewertet werden. Dies war ein zentraler Erfolg der CDU/CSU, UdVA und BdV.

Damit wurde ein Mindestmaß an Rechtssicherheit geschaffen und verhindert, dass Betroffene allein wegen unmittelbarer Kriegsfolgen aus dem Aufnahmeverfahren fielen.

! Noch offen / Politischer Handlungsbedarf

Trotz der gesetzlichen Korrekturen bleibt die Lage unbefriedigend: In den ersten Instanzen hat die Rechtsprechung eine Auslegung der neuen BVFG-Regelungen gefunden, die nicht der erklärten Absicht des Gesetzgebers entspricht. Die Aufnahmezahlen erholen sich nur langsam. Zahlreiche Antragsteller erleben weiterhin:

- langwierige und intransparente Prüfverfahren,
- uneinheitliche Entscheidungen,

- überhöhte Nachweishürden bei Abstammung, Sprachkenntnissen oder historischen Nationalitätseinträgen in sowjetischen Dokumenten.

Erschwerend kommt hinzu, dass in den Aussiedlungsgebieten selbst der Zugang zu Sprachkursen, Bildungsangeboten oder Terminen an deutschen konsularischen Vertretungen äußerst schwierig ist.

Aus Sicht der UdVA gefährden diese Vollzugsmängel das verfassungsrechtlich garantierte Recht deutscher Volkszugehöriger auf Übersiedlung nach Art. 116 Grundgesetz.

Offen ist zudem die Umsetzung eines Prüfauftrags aus dem Koalitionsvertrag, der den Zuzug von nach dem 31.12.1992 geborenen deutschstämmigen Personen betrifft. Gerade in Kriegs- und Krisensituationen brauchen jüngere Deutschstämmige im Herkunftsgebiet eine realistische Möglichkeit, auch ohne eine bereits in Deutschland lebende Bezugsperson übersiedeln zu können.

Parallel dazu geraten zentrale Integrations- und Beheimatungsstrukturen – von der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) bis zur beruflichen Nachqualifizierung – durch Haushaltskürzungen unter Druck. In einer Phase steigender Zuwanderungszahlen ist jedoch ein funktionierendes, professionelles Beratungssystem unverzichtbar.

Die UdVA dringt daher auf:

- die Anwendung der bestehenden BVFG-Regelungen im Sinne der Betroffenen,
- die Umsetzung aller noch offenen politischen Zusagen aus Gesetzgebung und Koalitionsvertrag,
- weitere gesetzliche Präzisierungen zur Rechtssicherheit der Spätaussiedleraufnahme,
- und eine verlässliche Ausstattung der Integrations- und Beratungsstrukturen.

Bildungspolitische Impulse

✓ Erfolgreich umgesetzt / Erreichte Fortschritte

Trotz der primären Zuständigkeit der Länder hat die UdVA – über die fachpolitische Arbeit in den Bundesfachausschüssen der CDU Deutschlands, über Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie im engen Austausch mit Wissenschaft und Verbänden – sich über Jahre hinweg dafür eingesetzt, die Themen der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten im Bildungsbereich sichtbar zu halten. In mehreren Ländern wurden einzelne Unterrichtsmodule zu Flucht, Vertreibung, Kulturgeschichte der Deutschen im östlichen Europa oder zu kommunistischem Unrecht modernisiert oder im Lehrplan bzw. als Prüfungsthema für verbindlich erklärt.

Die UdVA hat erfolgreich dafür geworben, dass wissenschaftliche Expertise, Quellenbestände und digitale Archive zunehmend in die schulische und universitäre Lehre einfließen.

Auf Bundesebene konnten Forschungs- und Förderschwerpunkte gesichert werden, die Kooperationen mit Universitäten, Museen und Forschungseinrichtungen stabilisiert haben.

! Noch offen / Politischer Handlungsbedarf

Die curriculare Verankerung bleibt bundesweit heterogen. Trotz einzelner Fortschritte fehlen in vielen Ländern verbindliche, dauerhaft abgesicherte Regelungen, um Geschichte und Schicksal der Heimatvertriebenen, Aussiedler, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten flächendeckend zu unterrichten.

Es besteht weiterer Bedarf an:

- didaktisch modernen Unterrichtsmaterialien (insbesondere digitale Formate),
- verlässlicher Lehrerfortbildung,
- einer stärkeren europäischen Perspektive in Schul- und Hochschulbildung,
- langfristig gesicherten Forschungsstrukturen und Archivbeständen.

Die Themen Flucht und Vertreibung, Kultur- und Besiedlungsgeschichte der historischen deutschen Siedlungsgebiete sowie das kommunistische Unrecht sind für politische Bildung zentral – sie stärken demokratische Resilienz, historisches Bewusstsein und die Sensibilität für Minderheitenrechte. Trotzdem wird dieser Zusammenhang in der Breite der Bildungslandschaft noch immer zu wenig berücksichtigt.

Geschichtsrevisionistische, relativierende oder nationalstaatlich verengte Narrative in mehreren europäischen Ländern machen eine stärkere Bildungsarbeit über Flucht, Vertreibung und Minderheitenrechte zwingend notwendig.

Die UdVA setzt sich daher mit Nachdruck dafür ein, dass diese Themen in allen Bildungsbereichen – schulisch, außerschulisch und universitäre Bildung – verbindlich, wissenschaftlich fundiert und didaktisch zeitgemäß verankert werden.

Deutsche Minderheiten

✓ Erfolgreich umgesetzt / Erreichte Fortschritte

Die Förderung der deutschen Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion war über viele Jahre ein Schwerpunkt christdemokratischer Politik. Unter den früheren CDU/CSU-geführten Bundesregierungen konnten die Mittel für Kultur-, Bildungs- und Strukturprojekte deutlich ausgeweitet werden.

Viele dieser Förderlinien und Kooperationen wirkten – auch dank kontinuierlicher politischer Begleitung durch die UdVA – bis in die Jahre der Ampelregierung hinein fort.

Die UdVA, die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie der Bund der Vertriebenen (BdV) und die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) haben gegenüber Berlin, Brüssel und den Herkunftsstaaten wiederholt erfolgreiche Impulse zur Sichtbarkeit der Minderheiten gesetzt.

Im neuen Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD wurde die verlässliche Förderung deutscher Minderheiten ausdrücklich bekräftigt. Ebenso wurde vereinbart, den Dialog mit den Herkunftsstaaten auszubauen und strategisch zu vertiefen.

! Noch offen / Politischer Handlungsbedarf

Als die deutsche Minderheit in Polen mit der drastischen Reduzierung des muttersprachlichen Deutschunterrichts durch eine einseitige und gezielt diskriminierende Verordnung der damaligen PiS-Regierung von einem schweren Eingriff in bestehende Minderheitenrechte betroffen war, blieb die Ampelregierung in Berlin trotz fortlaufender Appelle der UdVA, der Bundestagsgruppe, des BdV und der AGDM auffallend zurückhaltend.

Die spätere Aufhebung der Einschränkungen erfolgte primär aufgrund politischer Veränderungen in Warschau – nicht aufgrund eines wirksamen diplomatischen Engagements der Ampelregierung.

Auch die Förderung über das Auswärtige Amt war unter der Ampelregierung unzureichend verlässlich. Unterjährige Kürzungen bereits bewilligter Mittel in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik führten dazu, dass zahlreiche laufende Projekte der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa abrupt in Schwierigkeiten gerieten. Diese Schwankungen erschweren nachhaltige Strukturförderung, strategische Planung und die arbeitsfähige Präsenz deutscher Minderheitenorganisationen vor Ort erheblich.

Aus Sicht der UdVA muss der nun im Koalitionsvertrag verankerte politische Anspruch rasch und verbindlich umgesetzt werden. Entscheidend sind:

- eine dauerhaft planbare, nicht unterjährig veränderliche Förderung,
- eine engere Abstimmung von Innen-, Außen- und Kulturpolitik zugunsten der deutschen Minderheiten,
- eine klare Schwerpunktsetzung zugunsten Sprach-, Kultur- und Bildungsarbeit,
- sowie verlässliche politische Rückendeckung gegenüber den Herkunftsstaaten.

Erst durch eine solche verlässliche Strukturpolitik können die deutschen Minderheiten ihre Rolle als kulturelle Brückenbauer, Vermittler europäischer Werte und stabile Partner Deutschlands auch in Zukunft voll wahrnehmen.

Heimat als Menschenrecht und Vertreibungsverbot

✓ Erfolgreich umgesetzt / Erreichte Fortschritte

Die UdVA bekennt sich – in der Tradition der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ von 1950 – gemeinsam mit dem Bund der Vertriebenen (BdV) und seinen Mitgliedsorganisationen klar zum Grundsatz, dass das Recht auf die Heimat ein modernes Menschenrecht ist.

Dieses Grundverständnis wurde im politischen Raum, in der Öffentlichkeit und im parteiinternen Grundsatzdiskurs der Union erneut geschärft:

- Heimat, kulturelle Identität und persönliche Verwurzelung gelten als wesentliche Faktoren demokratischer Resilienz.
- Die UdVA hat in vielfältigen Gremien dazu beigetragen, dass Flucht, Vertreibung und Minderheitenrechte im Kontext aktueller Krisen – insbesondere des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine – politisch sichtbar bleiben.

Innerhalb der CDU/CSU wurde über Jahre hinweg erfolgreich verankert, dass das Heimatrecht unmittelbar mit Menschenwürde, Rechtsstaat und europäischer Friedensordnung verbunden ist. Davon zeugen entsprechende Formulierungen im Grundsatzprogramm.

! Noch offen / Politischer Handlungsbedarf

Vertreibungen, ethnische Säuberungen und massive Verletzungen der Minderheiten- und Menschenrechte sind – etwa im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine – weiterhin Realität. Das macht deutlich, dass das Recht auf die Heimat international nicht ausreichend geschützt ist.

Ein zentrales Anliegen des BdV, das die UdVA vollumfänglich unterstützt, bleibt bisher politisch unvollendet: die Schaffung eines internationalen, völkerrechtlich verankerten und strafbewehrten Vertreibungsverbots.

Ein solches Verbot würde Vertreibungen unmissverständlich ächten, Opfern Anerkennung verschaffen und einen verbindlichen Maßstab für Staaten und internationale Organisationen setzen.

Die bestehende Völkerrechtslage ist lückenhaft:

- es existiert kein eigenständiger Straftatbestand „Vertreibung“ im internationalen Recht,
- Schutzmechanismen für Minderheiten sind oft politisch abhängig oder unzureichend durchsetzbar,
- internationale Organisationen besitzen nur begrenzte Sanktionsmöglichkeiten.

Aus Sicht der UdVA ist ein Vertreibungsverbot zugleich ein Beitrag zu einem wirksamen Minderheitenschutz, zur Prävention von Konflikten und Krisen und zu einer stabilen europäischen Werteordnung.

Die UdVA setzt sich deshalb auf allen Ebenen – in Partei, Bundestag, Bundesregierung und Europapolitik – dafür ein, dass dieses Anliegen international stärker diskutiert wird, dass Deutschland eine aktivere Rolle in Außen- und Menschenrechtspolitik übernimmt und dass das Thema Vertreibungsverbot zu einem festen Bestandteil der europäischen Menschenrechtsagenda wird.

Kulturarbeit nach § 96 BVFG

✓ Erfolgreich umgesetzt / Erreichte Fortschritte

Die Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) bildet seit Jahrzehnten eine der zentralen Säulen des Kulturerhalts der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler.

Unter CDU/CSU-geführten Bundesregierungen konnten die Haushaltsmittel für die Einrichtungen, Museen und Projekte der Vertriebenenkultur kontinuierlich gesteigert und langfristig verstetigt werden.

Die UdVA hat diese Entwicklungen durch fortlaufende politische Initiativen und Gespräche maßgeblich unterstützt. Zu den erfolgreichen Ergebnissen früherer Jahre zählen u.a.:

- der erfolgreiche Aufbau der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“,
- die Aufnahme des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold in die Bundesförderung (projektgebunden),
- die stabile Weiterentwicklung der musealen und wissenschaftlichen Einrichtungen im gesamten Bereich des § 96 BVFG.

Der Regierungswechsel 2025 leitete einen wichtigen kulturpolitischen Kurswechsel ein. Die Zuständigkeiten für Heimatvertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler und deutsche Minderheiten wurden im Bundesinnenministerium (BMI) zusammengeführt – ein zentraler Schritt für kohärentere Entscheidungen und eine einheitliche Förderstrategie. In den Haushaltsverhandlungen für 2026 konnten bereits erste positive Akzente gesetzt werden, die eine Rückbesinnung auf die gesamte Breite des gesetzlichen Auftrags erkennen lassen.

Besonders wichtig ist die Wiederaufnahme der Förderung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, die auch von der UdVA seit Jahren politisch begleitet wurde.

! Noch offen / Politischer Handlungsbedarf

In der Regierungszeit der Ampelkoalition kam es zu erheblichen Verwerfungen und Unsicherheiten. Unter dem Eindruck von Pandemie- und Krisenfolgen, aber auch aus ideologischen Gründen nahm die Ampel spürbare Einsparungen im Bereich des § 96 BVFG vor. Besonders betroffen war die Projektarbeit, die für aktiven Kulturerhalt, politische und historische Bildungsarbeit sowie kulturelle Breitenarbeit unverzichtbar ist.

Museen und Einrichtungen waren vielerorts nur noch in der Lage, ihren reinen Bestand zu sichern – Stellen blieben unbesetzt, Investitionen wurden verschoben, Entwicklungsprozesse eingefroren.

Der aktuelle Kurswechsel muss nun konsequent umgesetzt werden. Aus Sicht der UdVA bestehen zentrale offene Aufgaben:

- die umfassende Wiederherstellung einer verlässlichen, planbaren Finanzierung,
- die Weiterentwicklung von Förderverfahren, die auch kleineren Verbänden und ehrenamtlichen Strukturen den Zugang erleichtern,
- eine stärkere Ausrichtung der Förderung auf digitale Vermittlung, Bildungsarbeit und europäische Kooperationsprojekte,
- sowie eine klare Einbindung der deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten als aktive Kulturträger, nicht nur als Adressaten von Unterstützung.

Kulturarbeit gelingt nur gemeinsam mit den Menschen, die sie tragen: den Heimatvertriebenen und ihren Nachkommen, den Verbänden der Aussiedler und Spätaussiedler sowie den deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa.

Die UdVA wird daher weiterhin darauf drängen, dass die erfolgreichen, partnerschaftlichen Förderansätze früherer Jahre wiederbelebt, ausgebaut und langfristig gesichert werden.

Rentenungerechtigkeit bei Aussiedlern und Spätaussiedlern

✓ Erfolgreich umgesetzt / Erreichte Fortschritte

Die UdVA hat über Jahre hinweg konsequent darauf gedrängt, die rentenrechtliche Benachteiligung von Aussiedlern und Spätaussiedlern politisch auf die Agenda zu setzen. Auch auf ausdrückliche Forderung der UdVA wurde die Korrektur dieser Ungleichbehandlungen erneut in das Regierungsprogramm der Union für 2025-2029 aufgenommen. Politisch wurde damit deutlich: Die Blockade lag beim SPD-geführten Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS); dort wurden jahrelang Reformen verhindert. Durch das neue Kräfteverhältnis wurde das Anliegen wieder in die rentenpolitische Diskussion einbezogen.

! Noch offen / Politischer Handlungsbedarf

Die von der Ampelregierung eingeführte Einmalzahlung im Rahmen des sogenannten Härtefallfonds blieb wirkungslos:

- Die Auszahlungssumme von 2.500 Euro war zu gering, um die realen Nachteile der Betroffenen auszugleichen.
- Die restriktiven Stichtagsregelungen schlossen viele Anspruchsberechtigte aus und führten zu Enttäuschung in den Zielgruppen.
- Die Kürzung des Fonds durch die Ampelregierung auf einen Bruchteil der ursprünglich vorgesehenen Mittel verhinderte eine spürbare Entlastung.

Die UdVA hält unverändert fest: Eine nachhaltige Lösung ist nur durch eine strukturelle Reform des Fremdrentengesetzes möglich. Nur eine Anpassung des FRG beseitigt die jahrzehntelang bestehenden rentenrechtlichen Benachteiligungen tatsächlich. Eine Reform würde die Lebensleistung der Aussiedler und Spätaussiedler erstmals rechtlich und politisch angemessen anerkennen.

Dass der Koalitionsvertrag der neuen Regierung (CDU/CSU und SPD) diese zentrale Forderung des Wahlprogramms nicht aufgenommen hat, markiert eine politische Lücke. Dennoch stehen in der anstehenden Rentenreform grundlegende Veränderungen bevor, bei denen die strukturellen Benachteiligungen zwingend berücksichtigt werden müssen.

Die UdVA wird daher weiterhin mit Nachdruck darauf hinwirken, dass:

- die rentenrechtlichen Ungerechtigkeiten im FRG adressiert werden,
- die Anliegen der Aussiedler und Spätaussiedler ausdrücklich Eingang in die Rentenreform finden,
- und der programmatischen Zusage der Union auch politische Lösungen folgen.

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

✓ Erfolgreich umgesetzt / Erreichte Fortschritte

Mit der Eröffnung des Dokumentationszentrums der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im Berliner Deutschlandhaus wurde ein zentrales erinnerungspolitisches Projekt verwirklicht, das auf Initiativen des Bundes der Vertriebenen (BdV) und der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ zurückgeht.

Die UdVA hat dieses Vorhaben von Beginn an politisch begleitet – in Partei, Bundestagsfraktion und Gremien – und durch wiederholte Anträge und Gespräche maßgeblich unterstützt.

Die Stiftung verfügt heute über einen klar definierten Auftrag:

- die Dokumentation von Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg,
- die Einordnung dieser Erfahrungen in die europäische und globale Vertreibungsgeschichte,
- sowie die Förderung eines historischen Bewusstseins, das auf Menschenwürde, Empathie und Völkerverständigung ausgerichtet ist.

Die in der Stiftung verankerten Programme, Formate und Ausstellungen beruhen auf langjährig ausgehandelten politischen Kompromissen, die unter breiter parlamentarischer und gesellschaftlicher Beteiligung erreicht wurden.

! Noch offen / Politischer Handlungsbedarf

Aus Kreisen der Zeitzeugen, Verbände und Vertriebenenorganisationen gibt es weiterhin deutliche Kritik: Die Schwerpunktsetzung sei in Teilen nicht klar genug erkennbar, die Darstellung des Schicksals der deutschen Heimatvertriebenen zeige zu wenig Empathie und werde nicht in der notwendigen Tiefe vermittelt, die Ausgewogenheit zwischen individueller Erfahrung, historischem Kontext und europäischer Dimension sei nicht durchgehend überzeugend.

Die UdVA nimmt diese Hinweise sehr ernst und betont, dass die Stiftung ihrem gesetzlichen Auftrag klar und sichtbar entsprechen muss: Ein authentischer, empathischer und eindeutig erkennbarer Schwerpunkt auf Flucht und Vertreibung der Deutschen ist unverzichtbar. Nur so erfüllt die Stiftung ihren Kernauftrag und bleibt zugleich Brückenbauerin in der europäischen Erinnerungskultur.

Auch der aktuelle Koalitionsvertrag verpflichtet sich zur verlässlichen finanziellen Absicherung der Stiftung. Entscheidend ist nun, dass diese Zusage tatsächlich umgesetzt wird, damit:

- Personal- und Programmarbeit langfristig planbar wird,
- die Dauerausstellung weiterentwickelt und aktualisiert werden kann,
- und die Stiftung ihre nationale und internationale Vermittlungsaufgabe mit konsequenter Qualität wahrnehmen kann.

Die UdVA wird sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Stiftung inhaltlich stringent, finanziell stabil und strukturell zukunftsfähig ausgerichtet bleibt – und dass die Perspektive der deutschen Heimatvertriebenen im Zentrum ihrer Arbeit klar sichtbar bleibt.

Verständigungspolitischer Einsatz der Vertriebenen, Aussiedler und ihrer Verbände

✓ Erfolgreich umgesetzt / Erreichte Fortschritte

Der verständigungspolitische Einsatz der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler, Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten ist seit Jahrzehnten ein unverzichtbarer Bestandteil des europäischen Miteinanders. Ihre Projekte, Jugendbegegnungen, Kulturprogramme, wissenschaftlichen Kooperationen und kommunalen Partnerschaften leisten einen entscheidenden Beitrag dazu, historische Erfahrungen einzuordnen, Vorurteile abzubauen und neue Dialogräume zu öffnen.

Sie schaffen nachhaltige Brücken in die Herkunftsgebiete, stärken europäische Zivilgesellschaft und fördern eine gemeinsame, friedensorientierte Erinnerungskultur. Trotz der schwierigen politischen Rahmenbedingungen konnten einige Verbände und Organisationen – oft getragen vom enormen Engagement Ehrenamtlicher – ihre Arbeit fortführen und mit eigenen Mitteln neue Projekte anstoßen.

Mit den Haushaltsberatungen für den Bundeshaushalt 2026 wurden erste Erfolge erzielt, die den Weg für eine Stärkung der Verständigungspolitik bereiten. Damit beginnt eine politische Korrektur der vorangegangenen Jahre.

! Noch offen / Politischer Handlungsbedarf

Angesichts der geopolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, denen Europa seit 2022 gegenübersteht – darunter Krieg, Desinformation, Migration, Polarisierung – wäre eine Stärkung der Verständigungsarbeit zwingend notwendig gewesen. Unter der Ampelregierung fehlte es jedoch an Prioritätensetzung und an der Bereitschaft, diese strukturell wichtige Arbeit finanziell abzusichern.

Der sichtbare Generationenwechsel innerhalb der Verbände, der Rückgang ehrenamtlicher Ressourcen und die wachsenden organisatorischen Anforderungen machen deutlich: Die Verständigungspolitik braucht langfristig tragfähige Strukturen, die nicht in jeder Legislatur neu infrage stehen. Die bisherige Abhängigkeit von kurzfristigen Förderentscheidungen behindert zielgerichtete Arbeit und belastet die Verbände organisatorisch wie finanziell.

Der Regierungswechsel eröffnet die Chance, diesen essenziellen Bereich endlich auf eine stabile Grundlage zu stellen. Offene Aufgaben sind insbesondere:

- eine verlässliche, mehrjährige Projekt- und Strukturförderung,
- eine stärkere Verknüpfung von Kultur-, Bildungs- und Verständigungsarbeit,
- eine ressortübergreifende Strategie im Zusammenspiel von Binnenpolitik, Außenpolitik und Europapolitik,

- die Einbindung junger Menschen, um den Generationenwechsel aktiv zu gestalten,
- und die Weiterentwicklung europäischer Partnerschaften und Programme.

Für die UdVA bleibt es ein Kernanliegen, gemeinsam mit der Gruppe Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sicherzustellen, dass die Verständigungsarbeit wieder verlässlich gefördert, politisch anerkannt, strategisch weiterentwickelt und als dauerhafte Aufgabe im europäischen Kontext verankert wird.

Ziel ist es, die unersetzliche Rolle dieser Gruppen als Brückenbauer und Träger einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur dauerhaft zu sichern.

Wahlprogramme und Grundsatzprogramm

✓ Erfolgreich umgesetzt / Erreichte Fortschritte

Die UdVA wirkt seit Jahren kontinuierlich an der programmatischen Arbeit von CDU und CSU mit – sowohl bei der strategischen Ausrichtung der Partei als auch im Vorfeld von Wahlen.

Für die Bundestagswahl 2025 konnten zentrale Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler erfolgreich in das gemeinsame Wahlprogramm der Union eingebracht werden. Das Programm „Perspektivwechsel für Deutschland“ enthält klare und verbindliche Aussagen zur:

- Stärkung der deutschen Minderheiten,
- Zukunft und Weiterentwicklung der Spätaussiedleraufnahme nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG),
- Förderung und Modernisierung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG,
- Überprüfung rentenrechtlicher Ungerechtigkeiten im Rahmen der geplanten Rentenreform.

Diese programmatischen Punkte wurden im engen Austausch mit der Fraktionsgruppe Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten, dem Bund der Vertriebenen (BdV) sowie den zuständigen Gremien der CDU/CSU erarbeitet und erfolgreich abgestimmt.

Auch im Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands von 2024 hat die UdVA wesentliche Akzente gesetzt. Das Programm „In Freiheit leben – Deutschland sicher in die Zukunft führen“ verankert:

- das Thema Heimat als Wert und politisches Leitmotiv,
- die geschichtliche Verantwortung für Flucht und Vertreibung,
- das kulturelle Erbe der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler,

- die herausgehobene Bedeutung der deutschen Minderheiten in Europa.

Erstmals seit Jahren wird im Grundsatzprogramm ausdrücklich das Recht auf Heimat betont, der Erhalt deutscher Kultur und Sprache hervorgehoben und das besondere Kriegsfolgeschicksal der (Spät-)Aussiedler als Teil der gesamtdeutschen Erinnerungskultur benannt.

! Noch offen / Politischer Handlungsbedarf

Trotz der programmatischen Erfolge bleibt die fortlaufende politische Verankerung der Anliegen von Vertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten eine dauerhafte Aufgabe.

Wahlprogramme und Grundsatzbeschlüsse müssen nun in der Regierungs- und Parlamentsarbeit konkret umgesetzt werden – insbesondere in den Bereichen:

- Reform der Spätaussiedleraufnahme,
- Weiterentwicklung der Kulturförderung nach § 96 BVFG,
- langfristig gesicherte Minderheitenpolitik,
- strukturelle Korrektur der rentenrechtlichen Benachteiligungen im Fremdrentenrecht.

In den kommenden programmatischen Zyklen der Union – Grundsatzbeschlüsse, Leit-anträge, Wahlprogramme der Länder und Kommunen – müssen diese Anliegen weiterhin sichtbar gehalten und gegen politisches Vergessen geschützt werden.

Angesichts eines zunehmend fragmentierten politischen Umfelds ist es notwendig, dass die UdVA ihre Rolle als inhaltliche Impulsgeberin ausbaut, sich noch intensiver in programmatische Gremien einbringt und sicherstellt, dass die Themen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in der Union dauerhaft präsent bleiben.

Ziel ist es, programmatische Kontinuität herzustellen und die Anliegen der Betroffenen politisch wirksam und nachhaltig zu vertreten – in Partei, Fraktion und öffentlichem Raum.

Beschlüsse der Bundesdelegiertentagung am 10./11. November 2023

Beschluss 1: Satzungsänderung

Die Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – hat am 10. November 2023 folgende Änderung der Satzung in § 14 einstimmig beschlossen:

Aktuelle Satzung	Satzungsänderung
§ 14	§ 14 Geltung des Statuts der CDU und der Satzung der CSU
Im Übrigen ist entsprechend dem Statut der CDU und der Satzung der CSU zu verfahren.	(1) Im Übrigen ist entsprechend dem Statut der CDU und der Satzung der CSU zu verfahren.
	(2) Gemäß § 15 Abs. 3c des Statuts der CDU gelten die Absätze 3 bis 3b des § 15 des Statuts der CDU (Frauenquote) bei der OMV auf sämtlichen Ebenen nicht. Stattdessen gilt die Regelung des § 15 Abs. 3 des Statuts der CDU in der bis 31.12.2022 geltenden Fassung (Frauenquorum) für die OMV weiter, solange dies im Statut der CDU für die Vereinigungen verbindlich vorgeschrieben wird: „Förmliche Kandidatenvorschläge bei Wahlen für Parteiämter haben den Grundsatz nach Abs. 2 zu beachten. Wahlgremien können Kandidatenvorschläge zurückweisen, die Frauen nur unzureichend berücksichtigen. Wird bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern von der Kreisverbandsebene an aufwärts in einem ersten Wahlgang das Frauenquorum von einem Drittel nicht erreicht, ist dieser Wahlgang ungültig. Es ist ein zweiter Wahlgang vorzunehmen, zu dem weitere Vorschläge gemacht werden können. Dessen Ergebnis ist unabhängig von dem dann erreichten Frauenanteil gültig.“

Beschluss 2: Grundsatzprogramm

Die Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – hat am 10. November 2023 einstimmig beschlossen, folgende Punkte zum neuen CDU-Grundsatzprogramm an den OMV-Bundesvorstand zur weiteren Bearbeitung zu überweisen:

1. Recht auf die Heimat - Menschenrechte achten - Vertreibungen weltweit ächten

Wir stellen uns hinter ein positiv verstandenes „Recht auf die Heimat“, wie es die deutschen Heimatvertriebenen bereits 1950 mit ihrer Charta eingefordert

haben. Die damit verbundenen menschen- und völkerrechtlichen Grundsätze sowie die Würde eines jeden Menschen gebieten es, dass Menschen in ihrer Heimat lobenswerte Bedingungen vorfinden, dass sie von dort nicht vertrieben oder Opfer ethnischer Säuberungen, insbesondere von Vergewaltigungen, werden, dass Vertreibungen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.

2. Brückenfunktion der Vertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten

Wir unterstützen deutsche Heimatvertriebene, Spätaussiedler und ihre Verbände sowie deutsche Minderheiten in ihren Heimatländern in ihrer wichtigen Brückenfunktion in der Verständigung zwischen den Nationen. Gerade die Herausforderungen, mit denen sich Europa auch heute konfrontiert sieht, zeigen, wie notwendig dieser Einsatz bleibt.

3. Erinnerung an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen bewahren

Deutsche Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler sind ein Gewinn für unser Land. Wir setzen uns dafür ein, dass ihr Schicksal, ihre Geschichte und ihre Kultur sowie die großartige Aufbauleistung und Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg eine stärkere Rolle im Erinnerungsbogen des gesamten deutschen Volkes spielen. Bildungsinhalte und Forschungsschwerpunkte sollten dies widerspiegeln.

4. Kulturarbeit sichern, stärken und weiterentwickeln

Wir tragen dafür Sorge, dass das Kulturgut ebenso wie die aktive Kulturarbeit der deutschen Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und ihrer Verbände selbstverständlicher Teil unserer gesamten deutschen Kulturlandschaft bleiben und der gesetzliche Auftrag erfüllt wird. Gerade für das aktive Weitertragen von Brauchtum in kommende Generationen braucht es vermehrt staatliche Anreize und eine zukunftsichere Förderung. Aber auch die deutschen Minderheiten in ihren Heimatländern benötigen unsere Unterstützung in ihrem Einsatz für den Sprach-, Identitäts- und Kulturerhalt.

5. Spätaussiedleraufnahme und Integration sichern

Wir stehen zu unserer Verantwortung für die Deutschen, die auch heute noch unter einem Kriegsfolgeschicksal leiden. Daher halten wir an der Aufnahme von Spätaussiedlern in Deutschland fest. Damit verbundene sozialrechtliche und integrationspolitische Fragen sind aktiv anzugehen. Eingliederungshilfen bleiben ein wichtiges Mittel dafür, dass die Menschen in Deutschland heimisch werden.

Beschluss 3: Projekt „Die vergessenen Friedhöfe in Masuren“

Die Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – hat am 11. November 2023 einstimmig beschlossen, dass die OMV prüfen soll, wie auf deutscher Seite das Projekt „Die vergessenen Friedhöfe in Masuren“ der Stiftung Gerhard-Hauptmann-Haus und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf unterstützt und fortgeführt werden kann.

Beschluss 4: Krieg Russlands gegen die Ukraine

Die Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – hat am 11. November 2023 beschlossen, einen Antrag zur Situation im Krieg Russlands gegen die Ukraine (insbesondere im Bereich Flucht- und Vertreibungsvorgänge) bzw. zu Hilfestellungen für Flüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland (insbesondere zu einer Bestandsaufnahme und zu Informationen über Hilfen aus dem Bereich der Vertriebenenverbände) zur weiteren Bearbeitung an den OMV-Bundesvorstand zu überweisen.

Beschluss 5: Keine zweite Vertreibung von Hans-Christoph Seeböhm!

Die Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – hat am 11. November 2023 einstimmig beschlossen:

Die Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – fordert den Rat der Stadt Düsseldorf auf, den Plan einer Umbenennung der Hans-Christoph-Seeböhm-Straße in Düsseldorf-Hellerhof einzustellen. Der OMV-Bundesvorsitzende wird gebeten, einen entsprechenden Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Dr. Stephan Keller, zu schreiben.

Es gibt keinen Grund für eine zweite Vertreibung von Hans-Christoph Seeböhm, eines langjährigen verantwortungsvollen Bundesministers der CDU in der Konrad-Adenauer-Regierung. Er hat vielfache Verdienste im Bereich der Verkehrspolitik der Bundesrepublik Deutschland und war ein unbeirrter Verteidiger der Rechte der Vertriebenen – insbesondere der 3,5 Millionen Sudetendeutschen, die 1945/46 gegen jedes Menschen- und Völkerrecht vom Beneš-Regime der Tschechoslowakei enteignet und vertrieben wurden. Alle diffamierenden Vorwürfe gegen Seeböhm sind falsch und ideologisch begründet.

Die Straßenbenennung wurde von der Bezirksvertretung Garath/Hellerhof auf Antrag der CDU im Einvernehmen aller Bezirksvertreter bei der Errichtung des neuen Stadtteils Düsseldorf-Hellerhof beschlossen.

Der Name ist beizubehalten.

Beschluss 6: Ausländische Städtenamen bei Wikipedia

Die Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – hat am 11. November 2023 einstimmig beschlossen, dass der Antrag zur Verwendung von deutschen Ortsnamen für Städte in den östlichen Nachbarländern bei Wikipedia an den OMV-Bundesvorstand zur weiteren Bearbeitung überwiesen wird.

Beschluss 7: Namensänderung des BKGE

Die Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – hat am 11. November 2023 einstimmig beschlossen:

Die Delegiertenversammlung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge nimmt die Entscheidung der Umbenennung des BKGE in „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa“ in Oldenburg mit Befremden zur Kenntnis. Mit dieser Umbenennung und dem Verzicht auf den Bezug auf „die Deutschen“ werden die Anliegen des § 96 BVFG in Zweifel gezogen und die besondere Brückenfunktion der deutschen Kultur ignoriert. Wir lehnen diese Namensgebung ab.

Bearbeitung der Anliegen und Beschlüsse

Anliegen und Beschlüsse der UdVA wurden im gesamten Berichtszeitraum aktiv in die Beratungen des UdVA-Bundesvorstandes sowie der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter den Vorsitzenden Christoph de Vries MdB (CDU) und Klaus-Peter Willsch MdB (CDU, seit der Neuwahl) eingebracht. Der UdVA-Bundesvorsitzende nahm themenbezogen an den Sitzungen teil und stellte sicher, dass aktuelle Themen, strukturelle Problemlagen und politische Handlungsbedarfe frühzeitig erkannt, gemeinsam bewertet und politisch adressiert wurden.

Auf Ebene der Bundesregierung verlief die Einbringung der UdVA-Themen in der Zeit der Ampelregierung erschwert. Die bis zur Neuwahl 2025 amtierende Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Claudia Roth MdB (Bündnis 90/Die

Grünen) zeigte kein Interesse an der Arbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG); die ebenfalls bis zur Neuwahl amtierende Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Natalie Pawlik MdB (SPD), war für einzelne Anliegen zugänglich, verfolgte jedoch eine insgesamt andere Schwerpunktsetzung. Die UdVA unterrichtete die zuständigen Stellen fortlaufend, kritisierte jedoch wiederkehrend die mangelnde Verlässlichkeit und die Kürzungsentscheidungen zu Lasten der Vertriebenen-, Aussiedler- und Minderheitenarbeit.

Mit dem Regierungswechsel 2025 ergab sich eine grundlegend neue Ausgangslage. Die neue Bundesregierung berief Dr. Bernd Fabritius erneut zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Die Zuständigkeiten für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten wurden im Bundesministerium des Innern zusammengeführt. Damit besteht für die UdVA wieder eine enge fachpolitische Ansprechstelle, mit der an frühere erfolgreiche Kooperationslinien angeknüpft und zentrale Anliegen unmittelbar in die Regierungsarbeit eingebracht werden können.

Innerhalb der CDU wurde zugleich sichergestellt, dass die Themen der UdVA parteiintern präsent bleiben. Im CDU-Bundesvorstand, in dem der UdVA-Bundesvorsitzende als beratendes Mitglied mitwirkt, wurden die Anliegen regelmäßig platziert. Über die Konferenzen der Landes- und Vereinigungsgeschäftsführer sowie der Landesgeneralsekretäre wurden die Themen zusätzlich in die Fläche getragen. Im gesamten Berichtszeitraum begleitet Dr. Carsten Linnemann als Generalsekretär der CDU Deutschlands den Austausch mit der UdVA eng und konstruktiv.

Zur Entwicklung der UdVA zwischen Dezember 2023 und November 2025

In nahezu allen CDU-Landesverbänden sowie in der CSU arbeiten weiterhin funktionsfähige Landesverbände der UdVA. Mit der im Januar 2025 beschlossenen Umbenennung von OMV in „Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA)“ wurde diese Arbeit auch strukturell neu ausgerichtet und sichtbar gestärkt. Viele Landesverbände haben die Umbenennung bereits vollzogen oder befinden sich in der Umstellung.

Der Generationenwechsel von der Erlebnisgeneration zur Bekenntnisgeneration hat sich im gesamten Berichtszeitraum fortgesetzt. Zugleich ist die politische und organisatorische Einbindung der Aussiedler und Spätaussiedler deutlich gewachsen. In zahlreichen Landesvorständen übernehmen Vertreterinnen und Vertreter der Bekenntnis- und Aussiedlergeneration zunehmend Verantwortung. Diese Entwicklung wurde durch die Reaktivierung und spätere organisatorische Einbindung des Arbeitskreises „Netz-

werk Deutsche aus Russland und Aussiedler“ unter dem Dach der UdVA weiter gestärkt.

Beispiele eines gelungenen Generationenwechsels sind – in ihrer Arbeit fortgeführt oder neu profiliert – der Landesverband Baden-Württemberg unter Christoph Zalder, der Landesverband Niedersachsen unter Heiko Schmelzle, der Landesverband Rheinland-Pfalz unter Nikolaus Poppitz, der Landesverband Sachsen unter dem Chemnitzer Stadtrat Kai Hähner, der Landesverband Hessen unter Ulrich Caspar, der Landesverband Nordrhein-Westfalen unter dem Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler Heiko Hendriks, der Landesverband Hamburg unter Nikolaus Haufler sowie der Landesverband Berlin unter dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der LmDR, Walter Gauks. Einige Landesverbände berichteten im Berichtszeitraum über steigende Mitgliederaktivität, verstärkte Kooperationen mit Kreisverbänden der CDU sowie über erfolgreiche Kultur-, Erinnerungs- und Integrationsprojekte.

Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bis 2025 unter Vorsitz von Christoph de Vries und seit 2025 unter Vorsitz von Klaus-Peter Willsch, verzeichnete nach der Bundestagswahl 2025 einen deutlichen Zuwachs. Mehr als 60 Parlamentarier schlossen sich der Gruppe erneut an, darunter weiterhin zentrale Unterstützer der UdVA-Themen wie Stephan Mayer, Andrea Lindholz, Thorsten Frei, Philipp Amthor, Gitta Connemann, Knut Abraham, Peter Beyer, Dr. Ottilie Klein, Dr. Cornell Babendererde. Ihre Arbeit bildete die parlamentarische Säule dafür, dass zentrale Anliegen der UdVA im Wahlprogramm 2025-2029 und im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung klar verankert werden konnten – darunter Verbesserungen bei der Spätaussiedleraufnahme, die Stärkung der deutschen Minderheiten, die Rückbenennung des BKGE sowie die Sicherung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG.

Die CDU-Landesverbände haben im gesamten Zeitraum die Schnittstellenfunktion der UdVA klar anerkannt und ihre Arbeit aktiv unterstützt – organisatorisch, politisch und in der öffentlichen Wahrnehmung. Insbesondere in der Phase der Grundsatz- und Wahlprogrammarbeit 2024/2025 wurde die UdVA kontinuierlich in die Beratungen des CDU-Bundesvorstandes, der Programmkommissionen und der Wahlkampfteams einbezogen. Der Bundesvorsitzende Egon Primas vertrat die UdVA regelmäßig im CDU-Bundesvorstand sowie in den programmatischen Gremien und konnte die Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten erfolgreich platzieren.

Ein besonderer Schwerpunkt im Berichtszeitraum lag zudem auf der besseren Sichtbarkeit von Frauen in der UdVA- und Landesverbandsarbeit. Viele Landesverbände meldeten steigende Beteiligung von Frauen in Vorständen, Arbeitskreisen und Projektleitungen. In der Bundesvereinigung gehören mit Albina Nazarenus-Vetter (stellv. Bundesvorsitzende), Hertha Daniel (Beisitzerin) und Keti Langrehr (Beisitzerin) mehrere Vertreterinnen zu den prägenden Akteurinnen, die inhaltliche Impulse im Bereich politischer Teilhabe, Integration und Erinnerungskultur setzten.

**Diagramm 20: Frauenanteile in der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung
2004, 2014 und 2024**

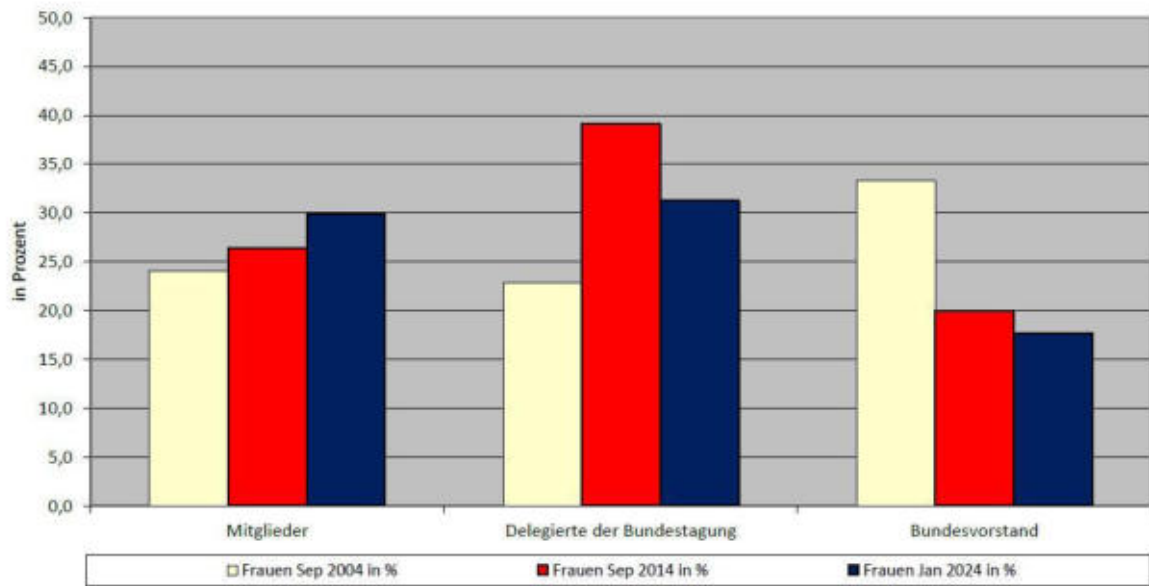


Tabelle 20: Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU

	Frauen Sep 2004 in %	Frauen Sep 2014 in %	Frauen Jan 2024 in %	Frauen Jan 2024 abs.	Gesamt Jan 2024 abs.
Mitglieder	24,1	26,4	29,9	1.754	5.874
Delegierte der Bundestagung	22,8	39,1	31,3	25	80
Bundesvorstand	33,3	20,0	17,6	3	17
Vorsitzende	0	0	0	0	1
Stellv. Vorsitzende	40,0	40,0	20,0	1	5
Schatzmeister	100	100	0	0	1
sonstige Vorstandsmitglieder	25,0	0	22,2	2	9

Bundesgeschäftsstelle



Arbeit der Bundesgeschäftsstelle

Für die Bundesgeschäftsstelle stand im Berichtszeitraum wieder die Bewältigung einer Vielzahl von Aufgaben an. Hierbei half ein stets gutes und vertrauensvolles Verhältnis zu den anderen Vereinigungen der Union sowie zur CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Inhaltliche Arbeit

Die Bundesgeschäftsstelle der Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA) arbeitete im Berichtszeitraum unter sich ändernden politischen Rahmenbedingungen. War die Vereinigung als Folge der Bundestagswahl 2021 zunächst mit der Aufgabe betraut, ihre Rolle als fachlich-politische Schnittstelle zwischen Partei, Bundestagsfraktion und den Verbänden der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler sowie der deutschen Minderheiten zu sichern und auszubauen, veränderten sich die Aufgaben mit der Bundestagswahl 2025 und der Regierungsbildung erneut deutlich.

Beobachtung, Bewertung und Einordnung der Bundespolitik

Zentrale Daueraufgabe war die fortlaufende Beobachtung der politischen Entwicklungen im Verantwortungsbereich der UdVA – etwa der Spätaussiedleraufnahme, der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG), der Verständigungs- und Minderheitenpolitik oder der sozial- und integrationspolitischen Fragen. Die Bundesgeschäftsstelle bereitete hierzu Handlungsempfehlungen vor, die in enger Abstimmung

mit dem Bundesvorsitzenden und dem UdVA-Bundesvorstand in Partei- und Fraktionsgremien eingebracht wurden.

Die Mitarbeit an der Parteiprogrammatik – vom CDU-Grundsatzprogramm „In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen“ (2024) bis zum Wahlprogramm „Politikwechsel für Deutschland“ 2025 – bildete dabei einen Schwerpunkt. In beiden Prozessen gelang ein Beitrag dazu, die Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in zentralen Kapiteln zu verankern und die programmatische Linie der Union im Sinne eines modernen, menschenrechtlich verstandenen Heimatbegriffs mitzuprägen. Besonders im Wahlprogramm 2025 fanden wesentliche Forderungen der UdVA Eingang, darunter die Zusammenführung der Zuständigkeiten im Bundesministerium des Innern.

Unterstützung des Bundesvorsitzenden und enge Abstimmung mit den Verbänden

Die Geschäftsstelle unterstützte den Bundesvorsitzenden bei allen politischen Initiativen – von der Vorbereitung der Arbeit in den CDU/CSU-Gremien über die Abstimmung mit der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bis hin zur laufenden Korrespondenz.

Ein Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit blieb der kontinuierliche Austausch mit dem BdV, seinen Landsmannschaften und Landesverbänden, den Bundesheimatgruppen, den Beauftragten der Kirchen sowie den Selbstorganisationen der deutschen Minderheiten. Die Geschäftsstelle bereitete Gespräche und Reden vor, stellte Materialien zusammen und begleitete gemeinsame Initiativen – etwa zur Sicherung des muttersprachlichen Unterrichts der Deutschen in Polen, zur kulturpolitischen Förderung nach § 96 BVFG oder zu rentenrechtlichen Fragen.

Durch die Neustrukturierung der Bundesregierung 2025 und die erneute Zusammenführung der Zuständigkeiten im Bundesministerium des Innern wurde die Fachkommunikation mit dem Bund neu geordnet. Die UdVA war über die Bundesgeschäftsstelle frühzeitig in die fachlichen Konsultationen eingebunden.

Thematische Schwerpunkte 2023-2025

Parallel zur regulären Gremienarbeit widmete sich die Geschäftsstelle einer Reihe zentraler inhaltlicher Themen:

- Reform des Fremdrentengesetzes, Bekämpfung von Altersarmut und Beseitigung struktureller Benachteiligungen
- Spätaussiedleraufnahme, insbesondere Ablehnungspraxis, Konsequenzen der BVFG-Novelle, Rechtsfolgen des Kriegs gegen die Ukraine sowie die Frage nach einer Öffnung der Aufnahme für nach 1992 geborene Volkszugehörige

- Kulturarbeit nach § 96 BVFG, inklusive der Auseinandersetzung mit Haushaltskürzungen in der Kulturförderung
- Minderheitenpolitik, besonders angesichts der Lage der deutschen Minderheit in Polen und der zunehmenden Bedeutung europäischer Minderheitenpolitik
- Wissensvermittlung, Erinnerungskultur und Bekenntnisgeneration, mit besonderem Fokus auf zeitgemäße Bildungsangebote, digitale Formate und Fragen der gesellschaftlichen Sichtbarkeit

Rolle in der Namensänderung und Neuorganisation (UdVA)

Die Geschäftsstelle übernahm zudem die konzeptionelle und organisatorische Vorbereitung der außerordentlichen Bundesdelegiertentagung am 29. Januar 2025, auf der die Vereinigung den neuen Namen „Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA)“ beschloss. Die Geschäftsstelle begleitete den Übergang in allen formalen, organisatorischen und kommunikativen Schritten und stand Landes- und Kreisverbänden für Fragen zur Angleichung der Namensführung zur Verfügung.

Unterstützung der politischen Kommunikation und des öffentlichen Auftritts

Ein wesentlicher Teil der inhaltlichen Arbeit war die tägliche Unterstützung der politischen Kommunikation der UdVA. Hierzu gehörten u.a.:

- Vorbereitung und Nachbereitung von Bundesvorstandssitzungen und Delegiertentagungen
- Erstellung von Redebeiträgen, Hintergrundpapieren, Pressemitteilungen und Stellungnahmen
- Betreuung der politischen Veranstaltungen und Messetermine
- Zuarbeit für Projekte des Arbeitskreises „Netzwerk Deutsche aus Russland und Aussiedler“

Ansprechpartner in Berlin

Den Mitgliedern und Mitgliedverbänden, Abgeordneten und Interessierten stand die Bundesgeschäftsstelle mit fachlichen Auskünften, Hintergrundmaterialien und organisatorischer Unterstützung zur Verfügung. Eine Vielzahl an Anfragen – insbesondere zu sozialen Fragen, Anerkennungs- und Aufnahmeverfahren, Fördermitteln oder kulturpolitischen Entwicklungen – konnte zeitnah und kompetent beantwortet werden.

Durch diese breite inhaltliche Arbeit trug die Bundesgeschäftsstelle wesentlich dazu bei, die Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten innerhalb der Unionsparteien sichtbar und handlungsfähig zu halten und sie in einem politisch volatilen Umfeld programmatisch zu stärken.

Präsentation der UdVA bei Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum übernahm die UdVA-Bundesgeschäftsstelle die vereinigungsspezifische Vorbereitung, Organisation und inhaltliche Begleitung sämtlicher zentraler Parteiveranstaltungen, auf denen die UdVA präsent war. Sie sicherte damit die politische Sichtbarkeit sowie die fachliche Einbindung der Anliegen in die programmatischen Prozesse der CDU und CDU/CSU.

36. Parteitag der CDU Deutschlands

Die Geschäftsstelle organisierte den Informationsstand im Estrel Congress Center und stellte die Präsenz der Vereinigung personell, organisatorisch und inhaltlich sicher. Dies umfasste die Abstimmung mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die Bereitstellung von Informationsmaterialien, die Entwicklung von Gesprächsleitfäden zu aktuellen Themen sowie die Betreuung zahlreicher Gäste am Stand.

Durch die kontinuierliche Präsenz von Hauptgeschäftsführer Klaus Schuck und Referent Marc-P. Halatsch konnte die Geschäftsstelle viele Gespräche mit Delegierten, Mandatsträgern und Verbandsvertretern führen, dokumentieren und zeitnah in die laufende politische Arbeit zurückspielen.

37. Parteitag der CDU Deutschlands

Für den 37. Parteitag bereitete die Geschäftsstelle die inhaltlichen Kernthemen der UdVA für die Wahlprogrammentscheidung vor und koordinierte die Abstimmung zwischen Bundesvorstand, Bundestagsfraktion und Delegierten. Die Geschäftsstelle stellte sämtliche Hintergrundpapiere, Kurzargumentationen und Gesprächsunterlagen zusammen, die den UdVA-Vertreterinnen und -Vertretern für Gespräche mit Delegierten und Medien zur Verfügung standen.

Zugleich organisierte sie die Beteiligung der UdVA am gemeinsamen Fotostand der Parteivereinigungen und begleitete die Kommunikation über die im Wahlprogramm erreichten Erfolge – etwa bei § 96 BVFG, im Fremdrechtenrecht und in der Minderheitenpolitik. Dadurch stellte die Geschäftsstelle sicher, dass die UdVA auf dem Parteitag nicht nur sichtbar, sondern fachlich gut vorbereitet und programmatisch wirksam vertreten war.

Bundesausschuss der CDU Deutschlands

Auch für den Bundesausschuss koordinierte die Geschäftsstelle die Teilnahme der UdVA-Vertreter und bereitete die wesentlichen Positionen der Vereinigung inhaltlich vor und nach. Dadurch konnten die Beschlüsse des Bundesausschusses – insbesondere die Bestätigung des Koalitionsvertrages – unmittelbar in die strategische Arbeit des Bundesvorstands und in die Kommunikation gegenüber Verbänden und Mitgliedern einfließen.

Querschnittsaufgaben auf allen Veranstaltungen

Über die einzelnen Termine hinaus nahm die Bundesgeschäftsstelle im gesamten Berichtszeitraum folgende Aufgaben wahr:

- Inhaltliche Vorbereitung zu allen Schwerpunktthemen der UdVA
- Organisatorische Koordination, wie Anmeldung, Abstimmung mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Standgestaltung, Terminmanagement, interne Kommunikationslinien
- Politische Gesprächsführung in der Betreuung der Informationsstände, Erfassung von Gesprächsanliegen, direkten Vermittlung an die politischen Entscheidungsträger im Bundesvorstand
- Nachbereitung durch Auswertung der Gesprächsergebnisse, Weitergabe an Bundesvorstand und Fraktionsgruppe, Ableitung politischer Folgerungen für die UdVA-Arbeit

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle lag im Berichtszeitraum auf der Pflege und Weiterentwicklung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Vereinigung.

Der Übergang von der bisherigen OMV zur neuen Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA) machte eine inhaltliche wie gestalterische Neuausrichtung erforderlich – sowohl hinsichtlich der politischen Kommunikation als auch der visuellen Darstellung.

Anpassung an die Namensänderung und das neue Corporate Design der CDU

Mit dem Beschluss der Bundesdelegiertentagung 2025 zur Namensänderung waren sämtliche Kommunikationsmittel grundlegend zu überarbeiten. Die Geschäftsstelle koordinierte die vollständige Anpassung von Logo, Wortmarke und Bildsprache an das

neue Corporate Design der CDU Deutschlands (CI-Novelle 2023) mit den verbindlichen Gestaltungselementen.

Die Anpassung umfasste:

- Überarbeitung aller Print- und Digitalmaterialien (Internet und Soziale Medien, Faltblätter, Broschüren, Flugblätter, Informationsgrafiken),
- Erstellung neuer Vorlagen für Pressemitteilungen, Präsentationen, Sitzungsterlagen und Grußworte
- Einsatz zur Vereinheitlichung der Außendarstellung in den Gliederungen

Die Geschäftsstelle übernahm hier sämtliche redaktionellen und gestalterischen Abstimmungen, um eine sofortige Wiedererkennbarkeit der neuen UdVA innerhalb der CDU/CSU sicherzustellen.

Pressearbeit und Zusammenarbeit mit der Vertriebenen-, Aussiedler- und Minderheitenpresse

Die Bundesgeschäftsstelle führte den engen Austausch mit den Organen der Vertriebenen-, Aussiedler- und Minderheitenpresse fort und konnte diesen in Teilen weiter vertiefen. Zu aktuellen politischen Entwicklungen wurden regelmäßig Pressemitteilungen, Hintergrundbeiträge und Stellungnahmen verfasst, die Beachtung in der vertriebenenpolitischen Medienlandschaft fanden.

Mehrere Artikel und Statements wurden darüber hinaus in Parteipublikationen von CDU und CSU abgedruckt. Auch gelang es der Geschäftsstelle, einzelne Meldungen in der überregionalen Presse und in der deutschsprachigen Auslandspresse zu platzieren.

Publikationen und Informationsmaterialien

Die bisherigen Informationsmaterialien wurden kontinuierlich überarbeitet, aktualisiert und – wo nötig – inhaltlich neu konzipiert. Dazu gehörten insbesondere:

- das UdVA-Faltblatt
- thematische Flugblätter (Spätaussiedleraufnahme, Minderheitenpolitik, Fremrentenrecht, § 96 BVFG usw.)
- die mehrseitige Broschüre zu Aufgaben, Arbeitsbereichen und Strukturen der UdVA

Alle Materialien wurden im Zuge des CI-Wechsels neugestaltet und für die Nutzung in Landes- und Kreisverbänden bereitgestellt.

Digitale Kommunikation und Social-Media-Neuausrichtung

Ein struktureller Schwerpunkt lag auf der digitalen Modernisierung. Nachdem der bisherige Twitter-/X-Kanal aufgrund der veränderten Plattformkultur strategisch aufgegeben wurde, baute die Bundesgeschäftsstelle, auch im Zusammenhang mit der Übernahme der Verantwortung für den Arbeitskreis „Netzwerk Deutsche aus Russland und Aussiedler“ einen neuen Instagram-Kanal der UdVA auf.

Dieser dient gemeinsam mit der Webseite und dem bereits vorhandenen Facebook-Kanal als zentraler Baustein der zielgruppenorientierten Öffentlichkeitsarbeit und präsentiert:

- regelmäßige Informationsgrafiken im CDU-CI
- Kurzstatements des Bundesvorsitzenden
- Hinweise auf Veranstaltungen
- Arbeit des UdVA-Netzwerks „Deutsche aus Russland und Aussiedler“
- begleitende Berichterstattung zu Parteitag und Gremiensitzungen.

Internetauftritt und CDUplus

Die Geschäftsstelle pflegte den Internetauftritt der Vereinigung kontinuierlich und erweiterte ihn im Zuge der Namensänderung um neue Informationsbereiche. Zusätzlich wurden die CDUplus-Seiten auf den aktuellen Stand gebracht. Dort veröffentlicht die Geschäftsstelle

- Pressemitteilungen
- Berichte zu Bundesvorstandssitzungen
- Grußworte und Beiträge zu Parteitagen
- Hinweise auf Veranstaltungen und interne Mitteilungen

Die Zahl der digitalen Rückfragen nahm im Berichtszeitraum deutlich zu. Viele Interessierte nutzten den elektronischen Mitgliedsantrag oder baten per E-Mail um inhaltliche oder organisatorische Informationen.

Öffentlichkeitsarbeit bei Veranstaltungen und Grußwortwesen

Auch im Bereich der Präsenzveranstaltungen war die Geschäftsstelle für die Erstellung und den Versand zahlreicher Grußworte an Unionsvereinigungen, BdV-Landesverbände sowie landsmannschaftliche und minderheitenpolitische Organisationen verantwortlich. Diese Grußworte wurden redaktionell entsprechend aktueller politischer Entwicklungen erarbeitet und CI-konform gestaltet.

Personal der Bundesgeschäftsstelle

Ansprechpartner in der UdVA-Bundesgeschäftsstelle sind:

- Klaus Schuck, Hauptgeschäftsführer
- Marc-P. Halatsch, Organisationsreferent und Pressearbeit
- Iris Schumann, Büroleitung

Der Bundesvorsitzende ist regelmäßig zur Teilnahme an den Gremiensitzungen des CDU-Bundesvorstandes, der von ihm besuchten Bundesfachausschüsse sowie an den Sitzungen der Fraktionsgruppe im Bundestag in der UdVA-Bundesgeschäftsstelle in Berlin anwesend.

Finanzielle Mittel

Die Vereinigung hat keine eigenen Einnahmen. Insofern entfällt ein Bericht des satzungsgemäßen Schatzmeisters.

Die Position der Schatzmeisterin hat Philipp Amthor MdB wahrgenommen.

Die Mittelbereitstellung beim CDU-Generalsekretär und dem Bundesschatzmeister der CDU wurde vom UdVA-Bundesvorsitzenden und dem UdVA-Hauptgeschäftsführer erreicht.

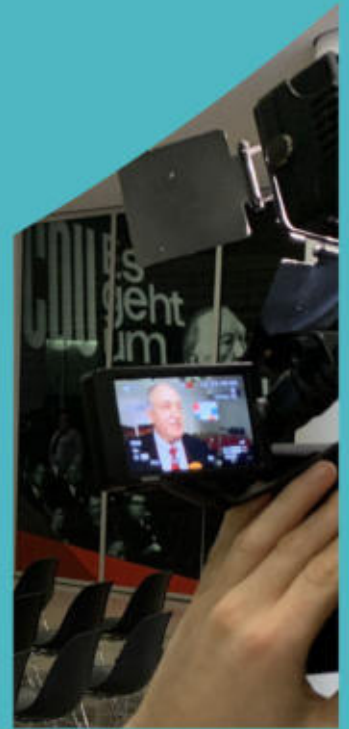
CDU und CSU tragen finanzielle Anforderungen jeweils für ihren Bereich. An der Durchführung der UdVA-Bundesdelegiertentagungen beteiligt sich die CSU nicht, auch nicht durch Reisekostenübernahme ihrer Delegierten.

Trotz allgemeiner Sparmaßnahmen wurden die Mittel für die UdVA nach begründetem Antrag erneut in unveränderter Höhe zur Verfügung gestellt. Eine Anpassung für gestiegene Personal- und Sachkosten (Tarifanpassungen und Inflation) erfolgte jedoch nicht. Für den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 konnte die Bereitstellung von Sondermitteln erreicht werden.

Die Finanzierung der Personal- und Sachkosten in der Bundesgeschäftsstelle der Vereinigung erfolgt durch die CDU Deutschlands, in deren Bundesvorstand der UdVA-Bundesvorsitzende kooptiert ist.

Die Buchhaltung der UdVA-Bundesgeschäftsstelle ist voll in die CDU-Bundesgeschäftsstelle integriert und unterliegt daher der Kontrolle der CDU-Wirtschaftsprüfer wie der vom jeweiligen CDU-Parteitag gewählten Kassenprüfer gemäß den Bestimmungen des Parteiengesetzes.

Anlage: Pressemitteilungen



Egon Primas mit 98,5 Prozent erneut zum OMV-Bundesvorsitzenden gewählt

Friedrich Merz: „OMV ist konstitutiver Teil der CDU“

Auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – am 10./11. November 2023 in Berlin, die in diesem Jahr unter dem Leitwort „Für Freiheit und Menschenrechte – Gegen Krieg und Vertreibung“ steht, wurde am ersten Sitzungstag der ehemalige thüringische Landtagsabgeordnete und stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende, Egon Primas, mit 98,5 Prozent der Delegiertenstimmen erneut zum Bundesvorsitzenden der in der CDU/CSU organisierten Vereinigung der Vertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler gewählt. Primas ist auch Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Thüringen sowie Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen.

Als stellvertretende Bundesvorsitzende wurden gewählt: Dr. Bernd Fabritius (Bayern), Rüdiger Goldmann (NRW), Albina Nazarenus-Vetter (Hessen), Heiko Schmelzle (Niedersachsen) und Christoph Zalder (Baden-Württemberg). Neuer Schatzmeister ist Philipp Amthor MdB (Mecklenburg-Vorpommern). Als Hauptgeschäftsführer wurde Klaus Schuck (NRW) wiedergewählt. Zu Beisitzern wurden gewählt: Herta Daniel (Bayern), Klaus Hoffmann (Baden-Württemberg), Andreas Hofmeister MdL (Hessen), Werner Jostmeier (NRW), Frank Hirche (Sachsen), Ketil Langrehr (Niedersachsen), Thomas Mittermeier (Bayern) und Johann Thießen (Hessen). Neuer Mitgliederbeauftragter ist Nikolaus Poppitz (Rheinland-Pfalz).

Der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Friedrich Merz, hielt ein leidenschaftliches Plädoyer für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland sowie für Freiheit und Menschenrechte insgesamt. Besonders Augenmerk legte er dabei auf die aktuelle Lage in Israel und deren hierzulande sichtbaren Auswirkungen. Zur Arbeit der OMV erklärte Merz: „Die OMV mit ihren Mitgliedern und Zielgruppen ist ein konstitutiver Teil unserer Partei. Die deutsche Geschichte wäre weder nach 1945 noch nach 1989 so geschrieben worden, wenn wir nicht diese Gruppen mit offenen Armen und in unserer Partei aufgenommen hätten.“ Daher sei es wichtig, dass die Vereinigung ihr wichtiges Engagement für den Brückenbau in Europa fortsetzt.

Auch Egon Primas hatte in seiner Rede sehr deutlich betont, dass Freiheit und Menschenrechte „keine selbstverständlichen Güter“ seien und damit sowohl auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine und den Krieg Israels gegen die Hamas als auch auf die deutsche Geschichte Bezug genommen. Darüber hinaus thematisierte er nahezu sämtliche offenen Anliegen der durch die OMV vertretenen Menschen und Gruppen. Dabei übte er deutliche Kritik an der aktuellen Bundesregierung, die in diesen Bereichen „viel zu wenig tut“. Überdies seien die jüngsten Erfolge sämtlich durch gute Oppositionspolitik – durch die OMV, die thematisch zuständige Fraktionsgruppe im Bundestag und die Fraktion insgesamt – sowie die überparteiliche Arbeit des BdV erreicht worden.

Berlin, 10. November 2023



Primas: Helmut Sauer hinterlässt große Lücke

Langjähriger OMV-Bundesvorsitzender im Alter von 78 Jahren verstorben

Zum Tod des Ehrenvorsitzenden der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Helmut Sauer (Salzgitter), erklärt der OMV-Bundesvorsitzende Egon Primas:

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – trauert um einen ihrer profiliertesten Verantwortungsträger und Mitstreiter: Am 10. Januar 2024 ist Helmut Sauer, unser langjähriger Bundesvorsitzender und geschätzter Ehrenvorsitzender, nach kurzer, aber schwerer Krankheit in Braunschweig verstorben.

Mit Helmut Sauer ist ein aufrechter Schlesier, ein katholischer Christ mit klarem, sozialem Wertekompass, ein gleichermaßen verdienter wie loyaler CDU-Politiker, ein überzeugter Europäer, ein Kämpfer für die Menschen- und Volksgruppenrechte sowie das Recht auf die Heimat von uns gegangen. Er hinterlässt eine große Lücke in der politischen wie in der landsmannschaftlichen Arbeit und in den Herzen der vielen Wegbegleiter, die er mit seiner Begeisterung über Jahrzehnte angesteckt hat. Unsere Gedanken sind in diesen schweren Stunden mit seiner Familie.

Geboren wurde Helmut Sauer am Heiligen Abend 1945 noch in seiner schlesischen Heimat, in Quickendorf im Kreis Frankenstein. Auch die Taufe erfolgte noch in Schlesien, in der Nachbargemeinde Peterwitz. Im April 1946 wurde die Familie nach Lengede in Niedersachsen vertrieben, wo sie ein neues Zuhause fand.

Mit 19 Jahren trat Helmut Sauer in die CDU ein, mit 25 wurde er CDU-Kreisvorsitzender in Salzgitter, und mit gerade 26 Jahren zog er über die Liste der CDU in Niedersachsen als damals jüngster Abgeordneter erstmals in den Deutschen Bundestag ein. Dort wirkte er bis 1994. Fast als „krönender Abschluss“ seines Mandats ist die „Konvention gegen Vertreibung“ zu sehen, die der Bundestag 1994 maßgeblich auf die Initiative von Helmut Sauer hin verabschiedet hat. Darin heißt es: „Vertreibung jeder Art ist international zu ächten und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden. Wer vertrieben wurde, hat Anspruch auf die Anerkennung seiner Rechte.“

In der OMV übernahm er ab 1975 Verantwortung, als er als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt wurde. Ab 1977 wirkte er als stellvertretender Bundesvorsitzender, zwischen 1979 und 2017 als Landesvorsitzender in Niedersachsen. Eng arbeitete er in der OMV mit dem damaligen Bundesvorsitzenden und späteren Ratiborer Ehrenbürger, Herbert Hupka, zusammen, der 1989 den Staffelstab an Helmut Sauer weitergab. Bis 2017 leitete er dann die Geschicke unserer Parteivereinigung und wurde danach zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Für sein Engagement wurde Helmut Sauer vielfach geehrt, u.a. 1987 mit dem Bundesverdienstkreuz, 1994 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, 1999 mit dem Schlesier-Kreuz der Landsmannschaft Schlesien und 2021 mit der Verdienstmedaille des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG).

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Für weitere Informationen nehmen Sie bitte den anliegenden Nachruf zur Kenntnis.

Berlin, 15. Januar 2023

Primas: Grundsatzprogramm-Entwurf ist klares Bekenntnis zu den Anliegen der OMV

CDU bleibt verlässlicher Partner der Vertriebenen, Spätaussiedler und Minderheiten

Zum Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogrammes erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Auf seiner Klausurtagung am 12./13. Januar in Heidelberg hat der Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) den Entwurf für das vierte Grundsatzprogramm unserer Partei „In Freiheit leben – Deutschland sicher in die Zukunft führen“ einstimmig beschlossen.

In stetem Dialog mit Mitgliedern der Programm- und Grundsatzkommission hat die OMV erneut inhaltlich wesentliche und zukunftsweisende Aussagen zu den Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in ihren Heimatgebieten anregen und einbringen können. Besonders dankbar sind wir unserem Schatzmeister, Philipp Amthor MdB, der auf der OMV-Bundesdelegiertentagung im November nochmals zugesagt hatte, sich als einer der Verantwortungsträger in der Kommission für unsere Inhalte einzusetzen.

Die zahlreichen aufgenommenen Passagen lesen sich als erneutes und sehr klares Bekenntnis der CDU zu den innerparteilich insbesondere durch die OMV vertretenen Anliegen. Mit diesem Entwurf zeigt die Partei, dass sie ein verlässlicher Partner an der Seite der Vertriebenen, Spätaussiedler und der deutschen Minderheiten ist. Es gilt nun, sich dafür einzusetzen, dass der CDU-Parteitag am 6. bis 8. Mai 2024 in Berlin diese Inhalte wie vorliegend beschließt.

Historisch und programmatisch passend, sind unsere Inhalte in die Unterkapitel „Heimat verbindet“ und „Gesellschaft braucht Ankerpunkte“ gestellt worden.

Zum einen geht es hier um die Bedeutung von Heimat, die eben auch aus der prägenden Schicksalserfahrung der Vertreibung entsteht. Hier heißt es:

„Das Recht auf die Heimat gilt fort. Wir treten in unserer historischen Verantwortung für ein internationales und europäisches Volksgruppen- und Minderheitenrecht und für das fortwährende Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur ein. Auch in einem vereinten Europa mit zunehmend offenen Grenzen erfüllen Heimatvertriebene und Volksgruppen eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Nationen. Auch die Deutschen, die in ihrer Heimat außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geblieben sind, können diese wichtige Funktion zwischen Deutschland und seinen Nachbarn beim weiteren Zusammenwachsen Europas wahrnehmen. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden. An unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebengrundlagen in den Herkunftsgebieten halten wir fest.“

Zum anderen geht es um den Erhalt einer lebendigen Erinnerungskultur, in dem das Gedenken auch an die von der OMV vertretenen Menschen und Zielgruppen und deren Schicksal seinen selbstverständlichen Platz hat. Hier heißt es:

„Wir wollen eine lebendige Erinnerungskultur. Wir wollen der eigenen Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-Unrechtsstaates, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens- und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen Aufbauleistungen, die in unserem Land erbracht worden sind, ist nicht nur für den ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar. Es ist auch konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation und ihre demokratische Traditionsbildung. Das umfasst auch das Gedenken an die Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgenschicksal der Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes. Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören in den Erinnerungsbogen des ganzen Volkes. Ebenso wenig werden wir die großartige Aufbauleistung und die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen. Wir wollen eine offene, lebendige, dezentrale Gedenkkultur, die frei von weltanschaulicher Vereinnahmung jeder Art ist.“

Nach wie vor sucht man in den Grundsatzprogrammen anderer Parteien nach solchen deutlichen Aussagen oder überhaupt nach einer Einbeziehung der Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler oder der deutschen Minderheiten vergeblich.

Berlin, 16. Januar 2024



Primas: Kontinuität in Hessen, neuer Landesbeauftragter berufen

Landesbeauftragte bleiben wichtige Bindeglieder in den Bundesländern

Hessen hat Andreas Hofmeister MdL zum neuen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler berufen. Hierzu erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Die aktuelle Hessische Landesregierung unter Ministerpräsident Boris Rhein MdL (CDU) beweist Kontinuität in vertriebenenpolitischen Fragen: Nachdem Margarete Ziegler-Raschdorf (CDU) sich 15 Jahre lang segensreich für die auch von der OMV vertretenen Menschen und Themen eingesetzt hat, wurde nun Andreas Hofmeister MdL (CDU) in ihrer Nachfolge zum neuen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler berufen.

Er ist in Hessen genau die richtige Wahl, denn er vereint landespolitische Erfahrung als Abgeordneter und ehemaliger Vorsitzender des zuständigen Unterausschusses im Landtag mit familiärer Schicksalsverbundenheit, zumal ein Teil seiner Familie aus dem Sudetenland stammt. Überdies engagiert er sich seit 2019 auch im Bundesvorstand der OMV. Gemeinsam mit dem zuständigen Innenminister, Prof. Dr. Roman Poseck (CDU), der wiederum schlesische Wurzeln hat, wird Hessen sicher auch zukünftig ein Vorbild für eine gelungene Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik bleiben.

Insgesamt erweist sich, dass Landesbeauftragte wichtige Bindeglieder der Politik zu den Zielgruppen und ihren Verbänden, ihren Mitgliedern und ihren Anliegen bleiben. Deshalb setzt sich auch die OMV in Bund und Ländern seit vielen Jahren erfolgreich dafür ein, dass diese Ämter eingerichtet und gestärkt werden. Auch in Baden-Württemberg mit Innenminister Thomas Strobl MdL (CDU), in Bayern mit Petra Loibl MdL (CSU), in Nordrhein-Westfalen mit Heiko Hendriks (CDU) und in Sachsen mit Dr. Jens Baumann (CDU) ist dies bereits gut gelungen.

Seit Jahresbeginn hat auch in Berlin, der Regierende Bürgermeister Kai Wegner MdA (CDU), erstmals mit Walter Gauks, selbst Russlanddeutscher und Landesvorsitzender der OMV Berlin, eine „Ansprechperson des Senats für Deutsche aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebene“ installiert.

Weitere Bundesländer sollten diesen Beispielen folgen.

Berlin, 3. April 2024



Wallfahrt der Minderheiten an den St. Annaberg

Primas: Partnerschaft ist Bekenntnis zu Freiheit, Heimat und christlicher Nächstenliebe

Die „Wallfahrt der Nationalen und Ethnischen Minderheiten zum St. Annaberg“, die jedes Jahr am ersten Juniwochenende stattfindet, ist eine der wichtigsten Veranstaltungen im Jahreskreis der deutschen Minderheit in Polen.

Am 2. Juni 2024 kamen erneut Tausende Pilger auf dem oberschlesischen Inselberg zusammen, um miteinander „den Glauben zu stärken sowie unsere Zukunft und die unserer Familien, aber auch die der Organisationen unserer nationalen und ethnischen Minderheiten Gott neu anzuvertrauen“, wie es der Bischof der Diözese Oppeln, Andrzej Czaja, ausdrückte.

Egon Primas, Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, war als Ehrengast vor Ort, da mit der Wallfahrt auch das 30-jährige Bestehen der Partnerschaft zwischen dem Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) und dem BdV-Landesverband Thüringen gefeiert werden sollte, an dessen Spitze er steht. Als OMV-Bundesvorsitzender richtete er Grüße des CDU-Vorsitzenden, Friedrich Merz MdB, aus und wies darauf hin, dass die CDU mit ihrem neuen Grundsatzprogramm weiterhin auch die Interessen der Heimatverbliebenen im Blick behalte.

Außerdem erinnerte er daran, wie die Partnerschaft zwischen VdG und BdV zustande gekommen war: nach dem Fall des Eisernen Vorhangs im Wunsch nach „Freiheit, Heimat und in christlicher Nächstenliebe“. Die Bekenntnisse dazu seien neben dem Bekenntnis vor Gott als Christen wesentliche Fundamente für ein freies und geeintes Europa.

Im Rahmen eines Festivals der Kinder- und Jugendgruppen der Minderheit wurde am Nachmittag die Partnerschaft nochmals gewürdigt. Rafał Bartek, VdG-Vorsitzender, und Bernard Gaida, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der FUEN, zogen ein kurzes, positives Resümee aus 30 Jahren Zusammenarbeit, freuten sich auf deren Fortsetzung und überraschten Primas mit einer Urkunde und einem handgefertigten Geschenk aus der Region.

Egon Primas dankte sichtlich gerührt und machte nochmals deutlich, wie wichtig es „gerade in der heutigen Zeit ist zusammenzustehen und grenzüberschreitend für Verständigung zu werben“. Sehr gern habe man geholfen, Deutschlehrer zu gewinnen, um die deutsche Sprache wieder zu stärken. „Bis heute sind wir in herzlichem Kontakt und laden zum Beispiel Kinder der deutschen Minderheit zu uns nach Thüringen ein. Auch die Kürzung des Deutschunterrichts war uns nicht gleichgültig. Wir haben uns sofort an unsere Regierung in Thüringen gewandt, um auf diese Diskriminierung hinzuweisen“, so Primas.

Berlin, 6. Juni 2024

Fotos:



Egon Primas spricht am St. Annaberg



Würdigung der Partnerschaft BdV-Thüringen und VdG am Nachmittag
(v.l.) Bernard Gaida, Egon Primas und Rafal Bartek



Bildung, Begegnung, Gedenken: *Transferraum Heimat in Knappenrode eingeweiht*

OMV-Bundesvorsitzender gratuliert zu gelungener Begegnungsstätte

Am Samstag, dem 8. Juni 2024, fand in Knappenrode bei Hoyerswerda die feierliche Eröffnung einer neuen Bildungs- und Begegnungsstätte des Freistaates Sachsen statt. Der Vorsitzende des sächsischen Landesverbandes des Bundes der Vertriebenen, Frank Hirche, und der Beauftragte der sächsischen Staatsregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Dr. Jens Baumann, hatten das beeindruckend Projekt „Transferraum Heimat“ gemeinsam mit zahlreichen ehrenamtlichen Helfern über viele Jahre entwickelt und aufgebaut.

Ehrengäste waren u.a. der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Michael Kretschmer MdL, der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas, sowie der Ansprechpartner des Berliner Senats für Russlanddeutsche, Aussiedler und Vertriebene, Walter Gauks.

„Das kulturelle Erbe der deutschen Vertriebenen ist Teil des gesamtdeutschen Kulturguts“, erklärte Egon Primas und betonte weiter: „Die Vertreibung der Deutschen aus ihrer einst deutschen Heimat gehört fest zur deutschen Geschichte. Daher ist sie nicht vergleichbar mit der Zuwanderung aus fremden Ländern, wie wir sie heute erleben. Unsere Aufgabe ist es, dafür Sorge zu tragen, das Erbe der Heimatvertriebenen, ihre Kultur und Geschichte weiterzutragen und fest im heutigen und künftigen Deutschland zu verankern.“

Die Bildungs- und Begegnungsstätte „Transferraum Heimat“ im sächsischen Hoyerswerda ist eine weitere, gelungene Einrichtung, die sich des Schicksals der Vertreibung annimmt. Mit dem „Transferraum Heimat“ komme der Freistaat Sachsen seiner Aufgabe nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) nach, der aussagt, den Kulturerhalt im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes, die wissenschaftliche Erforschung sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern.

Dem Thema Flucht und Vertreibung komme angesichts des Angriffs Russlands auf die Ukraine, der den Krieg nach Europa zurückgebracht habe, gesteigerte Bedeutung zu. „Uns Heimatvertriebenen geht das Schicksal der aus dem Kriegsgebiet flüchtenden Menschen besonders nahe. Es erinnert uns an unser eigenes erlebtes Leid und lässt schmerzliche Erinnerungen wach werden“, so Primas. Es wiederhole sich Geschichte, wie man sie aus der Mitte des letzten Jahrhunderts kenne. Umso wichtiger sei die Forderung eines internationalen, strafbewehrten Vertreibungsverbotes und der Einsatz für Gerechtigkeit und Verständigung.

Heimatvertriebene und Spätaussiedler sind ein selbstverständlicher Teil der deutschen Geschichte und Gegenwart“, so Primas abschließend.

14.06.2024



Foto: OMV
(v.l.) Egon Primas, Dr. Bernd Fabritius, Ministerpräsident Michael Kretschmer MdL, Dr. Jens Baumann



Primas: 17. Juni 1953 war Generalprobe für Friedliche Revolution

Kräfte unterstützen, die heute für Freiheit und Demokratie stehen

Zum Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes am 17. Juni 2024 erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der damaligen DDR war aus unserer heutigen Sicht eine Generalprobe für die Friedliche Revolution des Jahres 1989.

Mutig protestierten mehr als eine Million Menschen für ihre Freiheit, für mehr Demokratie, für bessere Lebensbedingungen und für die Einhaltung der Menschenrechte. Das SED-Unrechtsregime reagierte mit Gewalt, staatlicher Willkür und Repression. Panzer und Soldaten wurden gegen die Protestierenden geschickt, mehr als 15.000 verhaftet, und etwa 50 Menschen starben. Propagandistisch wurde der Protest als „faschistischer Putschversuch“ bezeichnet – und die Erinnerung daran ins Private gedrängt.

Aber der Gedanke für die Freiheit und die Einheit Deutschlands blieb lebendig. Die Mitbürger in der Bundesrepublik sprangen den mutigen DDR-Bürgern bei, indem der 17. Juni zunächst als Feiertag zum „Tag der deutschen Einheit“ und später zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“ erklärt wurde. Gerade die deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler in der OMV und in den Unionsparteien hielten an der Symbolkraft dieses Gedenktages fest und setzten sich bis zuletzt für die deutsche Einheit ein.

Gerade angesichts aktueller Freiheitskämpfe in Europa bleibt es nötig, die Erinnerung an diesen Mut und die Opfer dieser Proteste zu pflegen.

In der Ukraine verteidigt heute ein Volk mutig sein Land, seine Freiheit und seine Demokratie gegen die scheinbar übermächtige Kriegsmaschinerie des russischen Präsidenten, Wladimir Putin. In Russland wiederum gleicht der Umgang mit Anti-Kriegs-Protesten stark dem Umgang des DDR-Regimes mit den Protestierenden von 1953.

Mit dem Wissen um den 17. Juni und die Geschichte der DDR kann jeder erkennen, auf welcher Seite heute Unrecht, Unterdrückung und Unfreiheit stehen und wohin dieser Weg führt. Daher ist es bestürzend, dass weite Teile der politischen Ränder – rechts wie links – heutigen Unrechtsregimen die Stange halten.

Die Kräfte, die im Gegenzug stellvertretend für Europa unsere Freiheit und Demokratie verteidigen, benötigen und verdienen unsere Unterstützung.

Berlin, 17. Juni 2024



Vertriebene und Aussiedler gehören zu uns

Konstruktiver Austausch mit Carsten Linnemann



(Foto: © OMV)

Bildunterschrift: OMV-Bundesvorstand (v.l.) Johann Thießen, Prof. Dr. Bernd Fabritius, Christoph Zalder, Dr. Carsten Linnemann MdB, Albina Nazarenus-Vetter, Egon Primas, Heiko Schmelzle, Ketil Langrehr, Klaus Schuck, Philipp Amthor MdB, Nikolaus Poppitz und Walter Gauks

Offen und konstruktiv tauschte sich der Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) - Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, am 25. Juli 2024 im Berliner Konrad-Adenauer-Haus mit dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Dr. Carsten Linnemann MdB, aus. Im Fokus standen sowohl die Themen, mit denen die OMV im neuen CDU-Grundsatzprogramm vertreten ist, als auch aktuelle Anliegen aus der politischen Arbeit.

Der OMV-Bundesvorsitzende, Egon Primas, nutzte die Gelegenheit, Carsten Linnemann und Philipp Amthor für die positive Begleitung der OMV-Themen im Programm-Prozess zu danken.

Das Programm sei jetzt „eine echte Grundlage für die programmatische Arbeit, auch der OMV“. Von einem menschenrechtlich verstandenen Heimatrecht über die Erinnerungs- und die Kulturarbeit bis hin zur grenzüberschreitenden Brückenfunktion der deutschen

Vertriebenen, Aussiedler, aber auch der deutschen Minderheiten seien griffige Aussagen zu den Kernbereichen der Arbeit gefunden worden.

Der Generalsekretär griff dies direkt auf, lobte die OMV für ihren erfolgreichen Einsatz, insbesondere im vorpolitischen Raum, und erklärte, das Grundsatzprogramm sei „jetzt wieder CDU pur“. Die Unionsparteien seien die einzigen politischen Kräfte, die „glaubhaft und unideologisch zu Werten wie Heimat stehen“. „Die Vertriebenen, die Aussiedler und die Spätaussiedler gehören zu uns“, so Linnemann. Daher bleibe es wichtig, die Arbeit der OMV zu stärken und die Themen der unterschiedlichen Gruppen gemeinsam als Union voranzubringen.

Die Zielgruppenansprache und deren wesentliche Anliegen waren Gegenstand des weiteren Gespräches. So wurde das Augenmerk etwa auf die aktuelle Förderpolitik der Bundesregierung im Bereich der Vertriebenenkultur sowie auf die Bewältigungsmöglichkeiten der hohen Altersarmut von Aussiedlern und Spätaussiedlern gelenkt. Außerdem wurde betont, wie wichtig gerade im Bereich der Spätaussiedler die politische Teilhabe und „das Sichtbar-Machen“ innerhalb der Gesellschaft seien.

Sowohl der OMV-Bundesvorstand als auch der CDU-Generalsekretär verließen die Sitzung mit neuen Ideen für die Gestaltung der politischen Arbeit.

27.06.2024



Bildunterschrift: OMV-Bundesvorstandssitzung 25.6.2024 in Berlin im Konrad-Adenauer-Haus



Foto: (© OMV)

Pressemitteilung

Endlich "Bekenntnisfreiheit"!

OMV erinnert an Bedeutung des Mauerfalls für Vertriebene in der DDR und deutsche Minderheiten

Anlässlich des 35. Jahrestages des Falls der Berliner Mauer erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989, der dann auch den Eisernen Vorhang zu Fall brachte, konnten die Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in die SBZ/DDR vertrieben worden waren erstmals frei von sich selbst sagen: Ich bin ein Vertriebener und kein Umsiedler! Sie konnten Interessensverbände gründen, gemeinsam in landsmannschaftlichen Gruppierungen ihr Schicksal aufarbeiten und sich an ihre Heimat erinnern. Sie gewannen endlich ihre Bekenntnisfreiheit.

Noch größer war der Schritt in die Freiheit für zahllose Landsleute, die als deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa lebten. Sie gewannen die Bekenntnisfreiheit zu ihrer ethnischen Zugehörigkeit, zu Sprache, Kultur und Identität.

Für die OMV bleibt es ein wichtiges Anliegen, dass auch an diese Ergebnisse der Friedlichen Revolution von 1989 erinnert wird. Dies gilt umso mehr, als dass das verständigungspolitische Wirken der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten damit einen großen Schub erfuhr. Das in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 skizzierte geeinte Europa rückte näher.

Mit einem breiteren Blick auf den Gedenktag 9. November bleibt die fortwährende Mahnung, dass eine freiheitliche Gesellschaft und eine lebenswerte Heimat nur auf einem Fundament ohne Ausgrenzung, Hass, Vertreibung, Terror oder gar Mord gedeihen kann.

8. November 2024

Primas: CDU/CSU bleiben verlässliche Partner

Konkrete Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten erfolgreich ins Wahlprogramm eingebracht

Anlässlich der Vorstellung des gemeinsamen Wahlprogrammes „Politikwechsel für Deutschland – Wahlprogramm von CDU und CSU“ zur Wahl des 21. Deutschen Bundestages erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Deutlich wie selten zuvor haben sich die Unionsparteien mit ihrem gemeinsamen Wahlprogramm an die Seite der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und der heimatverbliebenen deutschen Minderheiten gestellt. Die von der OMV zusammen mit der Gruppe der Bundestagsfraktion unter Christoph de Vries MdB eingebrachten Inhalte wurden ohne Abstriche von den Vorständen von CDU und CSU übernommen.

Neben dem allgemeinen Bekenntnis zur Arbeit der von uns politisch vertretenen Zielgruppen und ihrer Verbände wurden dabei auch viele konkrete, breit diskutierte Anliegen aufgegriffen und daraus politischer Handlungsbedarf abgeleitet. Wichtige Symbole wie die Rückbenennung des BKGE in „Bundesinstitut für die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ sind dabei ebenfalls berücksichtigt worden wie die dringend nötige Fortsetzung der Förderung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen oder als drängendes sozialpolitisches Ziel eine noch immer ausstehende Reform des Fremdrentengesetzes zur Abmilderung der Altersarmut unter Aussiedlern und Spätaussiedlern.

CDU/CSU bleiben damit auch unter ihrem Kanzlerkandidaten Friedrich Merz verlässliche politische Partner der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten. In anderen Parteiprogrammen sucht man solch deutliche Inhalte vergebens. Dies kann in weiten Teilen unserer Zielgruppen wahlentscheidend wirken.

Wörtlich heißt es im Wahlprogramm unter der Überschrift „Kultur leben und Freiheit schützen“:

- **Kulturelles Erbe der Heimatvertriebenen und Aussiedler pflegen.** Es ist ein selbstverständlicher und wertvoller Teil unserer Identität. Das deutsche Kulturerbe im östlichen Europa entfaltet an vielen Orten eine verbindende Kraft. Wir verankern es zusammen mit den Vertriebenen und ihren Verbänden als festen Bestandteil der deutschen Kulturnation und Teil der europäischen Identität.
- **Erinnerung an Flucht und Vertreibung stärken.** Wir stärken die Bundesförderung nach dem Kulturparagrafen des Bundesvertriebenengesetzes. Wir machen die Umbenennung des bisherigen „Bundesinstituts für die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ rückgängig und überführen die Bundesanstalt für ihren Kernauftrag der Beratung und Unterstützung der Bundesregierung gemäß § 96 BVFG nach Berlin. Die unselbständige Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung machen wir und bringen eine Neugestaltung der Dauerausstellung voran.

- **Vertriebene und Aussiedler würdigen.** In unserer historischen Verantwortung treten wir für die Angehörigen der Heimatvertriebenen, Aussiedler, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten ein. Ihre Aufbauleistung und Brückenfunktion sind konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation.
- **Alles unter einem Dach.** Wir führen die Zuständigkeiten für Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler sowie deutsche Minderheiten wieder im Bundesinnenministerium zusammen und stärken das Amt des Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Wir fördern weiter die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen.
- **Das Tor für Spätaussiedler nach Deutschland offenhalten.** Wir stärken sie in ihrer Selbstidentifikation als Deutsche. Wir stehen weiterhin für die gesetzlich garantierte Aufnahme deutscher Spätaussiedler ein und richten die gesetzlichen Vorgaben noch stärker an der Lebenswirklichkeit der Menschen in den Herkunftsgebieten aus. Wir ermöglichen den Zuzug der nach dem 1. Januar 1993 geborenen Angehörigen.
- **Fremdrentengesetz reformieren.** Wir beseitigen das Problem rentenrechtlicher Benachteiligungen und fremdverschuldeter Altersarmut bei Aussiedlern und Spätaussiedlern.

Berlin, 17. Dezember 2024

Pressemitteilung

Primas: „Iris Ripsams unermüdliches Engagement bleibt unvergessen“

Frühere Landesvorsitzende der UdVF Baden-Württemberg verstorben

Zum Tode der ehemaligen Landesvorsitzenden der UdVF Baden-Württemberg und früheren Bundesschatzmeisterin, Iris Ripsam, erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Der Tod unserer ehemaligen Bundesschatzmeisterin Iris Ripsam, die am 21. Dezember 2024 nach langer schwerer Krankheit im Alter von nur 65 Jahren verstorben ist, macht tief betroffen. Geboren am 27. April 1959 in Stuttgart als Tochter sudetendeutscher Eltern, wurde ihr der Einsatz für die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, aber auch der Aussiedler und Spätaussiedler, fast in die Wiege gelegt.

Zwei Jahrzehnte, von 2003 bis 2023, prägte sie die Arbeit im OMV-Bundesvorstand als Schatzmeisterin entscheidend mit. Von 2006 bis 2023 war sie Vorsitzende unseres Landesverbandes in Baden-Württemberg. Über viele Jahrzehnte engagierte sie sich in der Sudetendeutschen Landsmannschaft und war von 2017 bis 2023 auch Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen in ihrem Heimatland.

Politisch war sie seit jungen Jahren der CDU verbunden, für die sie über 24 Jahre als Stadträtin im Stuttgarter Gemeinderat, darunter 2008/2009 auch als Fraktionsvorsitzende, und von 2016 bis 2017 als Nachrückerin sogar als Abgeordnete im Deutschen Bundestag wirkte.

In all ihren Ämtern hat sie sich unermüdlich und hingebungsvoll für die gemeinsamen Interessen der Vertriebenen und ihrer Verbände engagiert. Stets spürte man ihre persönliche Verbundenheit und ihre Empathie mit diesen Schicksalen. Dabei nannte sie die Dinge beim Namen und brachte so manchen Lern- und Erkenntnisprozess voran.

Auch privat bleibt ihr aufopferungsvoller Einsatz in Erinnerung, zumal sie sich über viele Jahre um die Pflege ihres Vaters kümmerte. Es ist tragisch, dass sie kurz nach dessen Tod selbst so schwer erkrankte, dass sie sich davon nie wieder erholen konnte.

Iris Ripsams Tod hinterlässt eine große Lücke in unserer Gemeinschaft. Die OMV wird ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

9. Januar 2025

Pressemitteilung

Primas: „Wichtige Anliegen der UdVA im Koalitionsvertrag enthalten“

Koalitionspartner nehmen Verantwortung für die Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten an

Zur Vorstellung des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD erklärt der Vorsitzende der Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA), Egon Primas:

Der vorgestellte Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“ trägt im Bereich unserer Zielgruppen – der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten – und deren Anliegen die deutliche Handschrift der Unionsparteien und somit auch der UdVA. Viele der bereits im CDU/CSU-Wahlprogramm enthaltenen Inhalte konnten in den Verhandlungen mit der SPD durchgesetzt werden. Mit der „Verantwortung für Deutschland“ nehmen die Koalitionäre somit explizit auch die Verantwortung für die von der UdVA vertretenen Menschen und Themen an.

CDU und CSU zeigen damit einmal mehr, dass sie feste Partner der deutschen Heimatvertriebenen, der Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in den Heimat- und Siedlungsgebieten sind. Die UdVA wird dem Vertrag im CDU-Bundesausschuss zustimmen.

Dann wird es gelten, diese guten Grundlagen in verlässliches Regierungshandeln zu überführen – und dabei auch jene Anliegen aus unserem Wahlprogramm anzugehen, die von den Unionsparteien in die Verhandlungen eingebracht wurden, aber nicht explizit im Koalitionsvertrag benannt werden konnten. Die UdVA wird dies eng begleiten.

Wörtlich heißt es im Koalitionsvertrag unter den wesentlichen Punkten:

Demokratische Resilienz

(...) Wir bekennen uns zu Schutz und Förderung der in Deutschland lebenden nationalen Minderheiten. Das kulturelle und geschichtliche Erbe der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie den Folgestaaten der Sowjetunion ist Teil der gesamtdeutschen Geschichte.

Wir werden die Förderung der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa und den nichteuropäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion fortführen und den Dialog mit den

Herkunftsstaaten vertrauensvoll ausbauen. Der Förderung der deutschen Minderheit in der Ukraine kommt wegen des russischen Angriffskrieges und des möglichen EU-Beitritts der Ukraine eine besondere Bedeutung zu.

Wir halten an der Aufnahme der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach dem Bundesvertriebenengesetz fest. Die gesetzlichen Grundlagen für die Aufnahme werden wir auf ihre Praktikabilität und Aktualität überprüfen und dabei auch die Lebenswirklichkeit der Menschen in den Herkunftsgebieten in den Blick nehmen. Für die nach dem 31.12.1992 geborenen und in den Aussiedlungsgebieten lebenden deutschstämmigen Personen werden wir die Möglichkeiten des Zuzugs nach Deutschland prüfen.

Wir stärken das Amt des Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und führen die Zuständigkeiten für Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler sowie deutsche Minderheiten wieder im Bundesinnenministerium zusammen. Das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa verbleibt in Oldenburg. (...)

Kulturelles Erbe der Heimatvertriebenen

Zur Förderung des kulturellen Erbes der Heimatvertriebenen werden wir die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen auf eine verlässliche finanzielle Basis stellen und die Bundesförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz zukunftsfest gestalten.

10. April 2025

Pressemitteilung

Fabritius, Amthor und de Vries sollen Teil der neuen Bundesregierung werden

Primas: „Diese Personalentscheidungen können unsere Themen entscheidend voranbringen.“

Am 28. April 2025 haben CDU und CSU ihr Personal für die neue Bundesregierung vorgestellt. Hierzu erklärt der Vorsitzende der Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA), Egon Primas:

Es ist ein deutliches Zeichen an die Zielgruppen der Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten, dass Dr. Bernd Fabritius, stellvertretender UdVA-Bundesvorsitzender und Präsident des Bundes der Vertriebenen, erneut Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten werden soll. Mit dieser Ankündigung hat der CSU-Vorsitzende, Ministerpräsident Dr. Markus Söder MdL, heute eine wichtige Forderung in die Tat umgesetzt, die auch wir als UdVA im Rahmen der Koalitionsgespräche an die Verhandler der Unionsparteien herangetragen haben.

Bernd Fabritius ist der richtige Mann für dieses Amt. Dies hat er bereits zwischen 2018 und 2022 unter Beweis gestellt. Als BdV-Präsident und im Rahmen seiner Arbeit in der UdVA hat er seit seiner Abberufung alles dafür getan, Versäumnisse der Ampel-Regierung in unserem Politikbereich konstruktiv zu thematisieren und Lösungswege aufzuzeigen. Aber auch hier blieb die Ampel ihrem öffentlichen Bild treu und brachte in bemerkenswertem Phlegma nur sehr wenig zustande.

Wir freuen uns außerdem, dass unser Schatzmeister, Philipp Amthor MdB, von der CDU zum Parlamentarischen Staatssekretär im neuen Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung nominiert worden ist. Bürokratierückbau und Effizienzsteigerung unserer Verwaltung sind drängende Anliegen, zu denen er viel beizutragen hat.

Zudem soll der bisherige Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christoph de Vries, zukünftig als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern wirken – und wird seine Sachkenntnis in unseren Fragen sicher auch in dieses Amt mit einbringen.

Die Personalentscheidungen begrüße ich daher ausdrücklich. Sie gehören zu den jetzt nötigen Weichenstellungen, um unsere Themen entscheidend voranzubringen.

Ebenso wichtig ist, dass der CDU-Bundesausschuss dem Koalitionsvertrag grünes Licht gegeben hat. Nun gilt es für die SPD, ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht zu werden.

29. April 2025

Pressemitteilung

Primas: „Ehrliche Erinnerungskultur kennt keine Auslassungen“

Am 8. Mai auch an Schicksal der Vertriebenen und Opfer kommunistischer Unrechtsregime erinnern

Zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges erklärt der Vorsitzende der Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA), Egon Primas:

Mit dem 8. Mai 1945 endete nicht nur ein furchtbarer Krieg, sondern auch eine Diktatur, die Deutschland ins moralische und politische Verderben geführt hat. Viele Millionen Opfer, vor allem Jüdinnen und Juden in der Shoah, mahnen uns, dass aus unserer Geschichte dauerhafte Verantwortung erwächst – für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde.

Aber der 8. Mai war nicht für alle ein Tag der Befreiung. Für Millionen Deutsche bedeutete das Kriegsende den gewaltsamen Verlust ihrer Heimat, von Hab und Gut sowie von Sicherheit und Würde. Flucht, Vertreibung, Deportation, Massengewalt – das war die Realität für viele Zivilisten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in den damaligen Sowjetrepubliken.

Als sich der Eiserne Vorhang senkte, trennte er nicht nur Nationen voneinander, sondern auch Familien und Freunde – und schnitt Millionen Menschen den Weg in die Heimat ab. Daher bleibt es wichtig, daran zu erinnern, dass diktatorische Regime auch nach dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus fortbestanden – und dass besonders die Menschen in der SBZ und DDR, die heimatverbliebenen Deutschen und auch die innerhalb der Sowjetunion deportierten Russlanddeutschen darunter zu leiden hatten. Wer am 8. Mai „Befreiung“ sagt, muss auch von den Jahrzehnten bis zur politischen Wendezeit sprechen.

Als Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in der CDU und CSU treten wir daher dafür ein, dass das Gedenken am 8. Mai auch das Leid der Vertriebenen, der Opfer kommunistischer Gewalt und der deutschen Minderheiten mit einbezieht. Eine ehrliche Erinnerungskultur kennt keine Auslassungen. Nur so wird aus Erinnerung Verantwortung – für alle.

7. Mai 2025

Pressemitteilung

Primas: „Erinnerung schützt die Freiheit, Vergessen schützt deren Feinde“

Lehren aus dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR wachhalten

**Zum Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes am 17. Juni 2025 erklärt der
Vorsitzende der Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten
der CDU und CSU (UdVA), Egon Primas:**

Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind Errungenschaften, deren Erhalt es entschlossen zu verteidigen gilt. Das sind die wesentlichen Lehren aus dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der damaligen DDR.

Mehr als eine Million mutige Bürger protestierten genau dafür – für mehr Freiheit, mehr Demokratie, einen fairen Rechtsstaat und eine unabhängige Regierung. Die Reaktion des SED-Unrechtsregimes und der sowjetischen Besatzungsmacht zeigte schonungslos, wie bitter nötig politische Veränderungen waren. Mit Panzern und Soldaten rückte man gegen die Protestierenden vor. Mehr als 15.000 Menschen wurden verhaftet, etwa 50 getötet.

Da diese Proteste schon damals das Ziel der deutschen Einheit in sich trugen, setzte man in Westdeutschland dem Mut der vielen DDR-Bürger mit dem „Tag der deutschen Einheit“ und später dem „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“ ein Denkmal. Bis zuletzt hielten insbesondere die deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler in der UdVA und in den Unionsparteien an diesem Ziel fest – am Ende erfolgreich.

Die Lehren vom 17. Juni 1953 wirken bis heute fort: Wo Unrechtsregimen, Autokratien oder Diktaturen nachgelaufen wird, kann nur Unrecht, Unterdrückung und Unfreiheit propagiert werden. Umgekehrt ist der Erhalt der Erinnerung an den Volksaufstand und seine Opfer ein nachhaltiger Beitrag, solche Entwicklungen zu verhindern.

Denn es gilt: Erinnerung schützt die Freiheit, Vergessen schützt deren Feinde.

16. Juni 2025

Pressemitteilung

Primas: Tag der Heimat in Erfurt unterstreicht Verantwortung für Erinnerung und Zukunft

Festrede von Ministerpräsident Prof. Dr. Mario Voigt

Die Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in der CDU/CSU (UdVA) sieht im diesjährigen „Tag der Heimat“ des Landesverbandes des Bundes der Vertriebenen (BdV) im Thüringer Landtag ein starkes Zeichen für die bleibende Bedeutung der Erinnerungskultur und für die politische Verantwortung, die daraus erwächst.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen das Leitwort „80 Jahre: Erinnern – Bewahren – Gestalten“ sowie der 75. Jahrestag der Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Zu den Rednern gehörten u. a. Landtagspräsident Dr. Thadäus König, Ministerpräsident Prof. Dr. Mario Voigt, der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius, zugleich BdV-Präsident, Weihbischof Dr. Reinhard Hauke, Zeitzeuge Horst Jüngling sowie der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), Bernard Gaida.

Der UdVA-Bundesvorsitzende und BdV-Landesvorsitzende in Thüringen, Egon Primas, hob in seinen Redebeiträgen hervor, dass es in der politischen wie in der gesellschaftlichen Arbeit nicht allein beim Erinnern bleiben dürfe: „Gestalten heißt für uns, das Vermächtnis der Vertriebenen und Aussiedler lebendig zu halten und Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen – für unsere Landsleute in den Herkunftsgebieten ebenso wie für ein friedliches Europa.“

Ministerpräsident Prof. Dr. Voigt würdigte die Charta der deutschen Heimatvertriebenen als ein Dokument, das „aus den Trümmern geboren ist und dennoch Hoffnung atmet“. Bundesbeauftragter Dr. Fabritius überbrachte die Grüße von Bundeskanzler Friedrich Merz und machte deutlich, dass Erinnerung und Verantwortung zentrale Anliegen der Bundesregierung sind.

Mit den Berichten von Zeitzeugen, den Stimmen aus Kirche und Politik sowie den Beiträgen aus den Reihen der deutschen Minderheiten in Europa wurde einmal mehr deutlich, dass das Vermächtnis der Heimatvertriebenen nicht Vergangenheit, sondern auch heute noch aktuell und Auftrag für Gegenwart und Zukunft ist.

Die UdVA dankt allen Mitwirkenden und unterstreicht, dass die Union seit Jahrzehnten fest an der Seite der Vertriebenen, Aussiedler und Minderheiten steht – in Thüringen, in Deutschland und in Europa.

15. August 2025



Ministerpräsident Prof. Dr. Mario Voigt MdL, Egon Primas, Erika Hesse, Horst Jüngling und BdV-Präsident Prof. Dr. Bernd Fabritius (Foto: UdVA)



UdVA-Bundesvorsitzender Egon Primas (Foto: UdVA)



Primas: „Freiheit ist nie selbstverständlich“

9. November mahnt zum Einsatz für Freiheit und Frieden in Europa

Zum Jahrestag des 9. November 1989 erklärt der Bundesvorsitzende der Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA), Egon Primas:

Mit dem Mauerfall am 9. November 1989 öffnete sich für die Menschen in der damaligen DDR nicht nur die Grenze zu ihren Landsleuten im Westen – es öffnete sich ein Tor zur Freiheit.

Wie kein anderes Datum steht dieser Tag für den Triumph eines friedlichen Freiheitswillens über Unterdrückung und Knechtschaft, für Mut und Zuversicht, für den Aufbruch in ein neues, geeintes Europa. Er wurde zum Schlüsselereignis, das am Ende auch den Eisernen Vorhang insgesamt zu Fall brachte. Jahrzehnte der Teilung zwischen Mittel- und Osteuropa waren vorbei.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg in die DDR vertriebenen Landsleute konnten sich erstmals frei zu ihrem Schicksal bekennen. Für die deutschen Minderheiten in den Ländern Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas war dieser Tag ein Signal des Aufbruchs und der Selbstvergewisserung. Der Weg nach Deutschland wurde ebenso frei wie der Weg, die eigene Identität, Sprache und Kultur wieder frei zu leben.

Heute – in einer Zeit, in der Freiheit und Frieden in Europa erneut herausgefordert sind – erinnert uns dieser Tag daran, dass Freiheit nie selbstverständlich ist. Der Geist von 1989 verpflichtet uns, für ein Europa einzutreten, das auf Selbstbestimmung, Solidarität und gegenseitigem Respekt gründet. Es gilt, die Freiheit zu verteidigen, die damals errungen wurde – für uns, für die kommenden Generationen und für ein gemeinsames, friedliches Europa.“

9. November 2025

Pressemitteilung

Primas: „Handschrift der Unionsparteien ist klar erkennbar“

UdVA begrüßt Beschlüsse des Haushaltsausschusses

Zu den Beschlüssen der Haushaltsbereinigungssitzung im Deutschen Bundestag erklärt der Vorsitzende der Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA), Egon Primas:

Die Beschlüsse des Haushaltsausschusses lassen die **Handschrift der Unionsparteien klar erkennen**. Zusagen werden eingehalten, und die im Koalitionsvertrag verankerten Ziele für die Vertriebenen-, Aussiedler- und Minderheitenpolitik werden Schritt für Schritt umgesetzt. Besonders deutlich wird dies dort, wo die Anliegen unseres Politikbereichs im Bundesministerium des Innern verantwortlich **zusammengeführt** und nun durch die Haushaltsentscheidungen mit konkreten Mitteln unterlegt wurden. Das stärkt Strukturen, schafft Verlässlichkeit und bestätigt, dass auch unsere Themen in der Politik der Bundesregierung fest verankert sind.

Mein ausdrücklicher Dank gilt dem zuständigen Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Klaus-Peter Willsch MdB**, der zugleich Vorsitzender der **Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten** Fraktion ist. Er hat mit großem Engagement dafür gesorgt hat, dass zentrale Forderungen der UdVA berücksichtigt wurden.

Die gemeinsame Arbeit trägt sichtbare Früchte – **unsere gute Partnerschaft wirkt**.

Mit den nun vorgesehenen Haushaltsmitteln werden wichtige Einrichtungen und Projekte in folgenden Bereichen nachhaltig gestärkt:

- die Stiftung Kirchenburgen in Siebenbürgen (2026–2030)
- die weitere Sicherung von Schloss Steinort
- die Neukonzeption der Ausstellung des Oberschlesischen Landesmuseums Ratingen (2026/27)
- die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
- die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE)
- die Arbeit des BdV
- die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
- die Arbeit des Haus Schlesien
- die Arbeit des Ostpreußischen Landesmuseums

Diese Entscheidungen zeigen: **Die Union hält Kurs. Unsere politischen Anliegen bleiben handlungsleitend – und sie werden umgesetzt.**

Berlin, 14. November 2025